74. Donnerstag, den 28. März 1867. 74.

Posener Zeitung.

An die Zeitungsleser.

Beim Ablauf des Quartals bringen wir in Erinnerung, daß hiesige Leser für dieses Blatt 1 Thlr. 15 Sgr., auswärtige aber 1 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf. als vierteljährliche Pränumeration zu zahlen haben, wofür diese mit Ausnahme des Sonntags täglich erscheinende Zeitung durch alle Königlichen Postämter der ganzen Monarchie zu beziehen ist.

Zur Bequemlichkeit des hiesigen geehrten Publikums werden außer der Zeitungs-Expedition, auch die Herren Kaufleute
Jakob Appel, Wilhelmsstraße Nr. 9.
E. Malade, Friedrichs- und Lindenstraßen-Ecke 19.
M. Grätzer, Berliner- und Mühlenstraßen-Ecke.
H. Knaster, Ecke der Schützenstraße.
Koschm. Labischin & Comp., Schuhmacherstr. 1.
Victor Giernat, Markt Nr. 46.
Krug & Fabricius, Breslauerstraße Nr. 11.
Adolph Latz, Wilhelmsplatz Nr. 10.
J. N. Leitgeber, gr. Gerberstraße Nr. 16.
H. Michaelis, kl. Gerberstraße Nr. 11.
H. Berne, Wallischei Nr. 93.
Jacob Schlesinger, Wallischei Nr. 73.
R. Seidel, große Ritterstraße Nr. 10.
Joseph Wache, Schulstraße Nr. 11.
F. Fromm, Sapiehaplatz Nr. 7.
Wittwe E. Brecht, Wronkerstraße Nr. 13. und
C. L. Arndt, St. Martin Nr. 23.
Pränumerationen auf unsere Zeitung pro II. Quartal annehmen, und wie wir, [illegible]ung am Nachmittage um 4½ Uhr ausgeben.

Die **Posener Zeitung** wird auch in Zukunft dem Feuill[illegible]n ihre besondere Aufmerksamkeit widmen und durch Aufnahme von Original-Novellen beliebter Schriftsteller, sowie durch Briefe aus Berlin und Dresden ihren in erfreulicher Weise zunehmenden Leserkreis zu fesseln suchen.

Wichtige telegraphische Depeschen enthält dieselbe schon an demselben Tage, während die Berliner Blätter solche erst am nächsten Morgen hierher bringen können; bei außerordentlichen Ereignissen erscheinen Extrablätter. — Auch erhalten wir täglich die Preise der Produktenbörse und die Stimmung der Fondsbörse zu Berlin und Stettin durch den Telegraphen und sind somit in den Stand gesetzt, dieselben unseren Lesern am Nachmittage mitzutheilen.

☞ Wir haben Anstalt getroffen, daß uns regelmäßige **Originalberichte** über die **Pariser Ausstellung** zugehen und hoffen, mit deren Veröffentlichung in den ersten Tagen des April beginnen zu können.

Posen, den 28. März 1867.

Die Zeitungs-Expedition von W. Decker & Comp.

Amtliches.

Berlin, 28. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Banquier Joseph Pinkus zu Berlin den Rothen Adlerorden 4. Klasse zu verleihen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Breslau, 27. März. Der Verwaltungsrath hat die Dividende der Oberschlesischen Eisenbahn für das Jahr 1866 auf 12% festgesetzt.

Dresden, 27. März, Abends. Das „Dresdner Journal" enthält eine Bekanntmachung des Finanzministers, nach welcher in Folge des bereits mit Preußen ratifizirten Vertrages vom 25. Januar c. und in Ausführung des Friedensvertrages, die sächsischen Staatstelegraphenleitungen am 23. d. M. der königlich preußischen Telegraphenverwaltung überwiesen worden sind. Der jetzt bestehende Tarif behält jedoch bis auf Weiteres seine Gültigkeit.

Der Zerfall Oestreichs.

III.

Von sehr wesentlichem Einfluß auf die künftige Organisation der Armee sind auch die östreichischen Geldverhältnisse. Oestreich, an Naturschätzen so reich, ist heut durch seine Verwaltung ein armes Land. Böhmen, das zu einem Belgien hätte werden können, wimmelt von Bettlern, eben so steht es mit Mähren und Schlesien. Das reiche Ungarn ist noch zum Theil ein Urland, das seiner Urbarmachung harrt. Es gehört mit dem ebenfalls nicht bodenarmen Galizien zu jenen Provinzen, die trotz erschwerter Ausfuhr im Nothstande sind, wenn sie nur von einem einzigen Mißjahre betroffen werden. Den finanziellen Zustand der deutschen Alpenländer und der südslawischen Provinzen illustriren am deutlichsten die Massen von Exekutionen und Feilbietungen, die tagtäglich vorkommen.

Es bedarf nur der Anführung, daß Oestreich unter einer Schuldenlast von drei Milliarden Gulden seufzt, um zu ermessen, welche Zinsensumme das ausgezehrte Land jährlich aufbringen muß, eine Summe, die noch dazu größtentheils außer Landes geht. Die in neuester Zeit zur Anwendung gebrachten Finanzmaßregeln laufen alle dahin, diese Last noch zu vermehren. Der Schluß des Jahres 1865, der Oestreich politisch bereits auf der schiefen Ebene nach Königgrätz rollen sah, brachte auch den Abschluß des großen in Paris negociirten Anlehens von 146 Millionen Gulden zu Stande, zu einem, selbst in der östreichischen Finanzgeschichte bis dahin unerhört schlechten Zinsfuße. Doch die Regierung jubelte, als sie es hatte. Die Maschine blieb doch im Gange. Mußte sie sich doch im Jahre darauf zu noch schlimmeren Bedingungen verstehen. Die Genialität der neuesten Maßregeln hat die Herstellung der Landeswährung in eine unabsehbare Zukunft hinausgeschoben.

Zu diesen Maßregeln rechnet der Verfasser vor allem andern die Verpfändung der Staatsdomänen, die mit dem Gesetze vom 24. April 1866 für einen Gesammtbetrag von 60 Millionen Gulden an die östreichische Boden-Kredit-Anstalt übergeben wurden. Diese Maßregel hat dem Realkredite, wiewohl sie bis heute wegen Unannehmbarkeit der rücksichtlich der Plazirung der Pfandbriefe erlangten Offerte undurchgeführt blieb, dennoch die bedeutendsten Nachtheile zugefügt, weil sie die Sistirung aller Pfandbrief-Institute, die erst in der Bildung begriffen waren, zur Folge hatte.

In überstürzender Hast folgte nun mit den Gesetzen vom 5. Mai, dem 7. Juli und 28. August 1866 jene famose Uebernahme der Banknoten zu 1 fl. und 5 fl., als sogenannte Staatsnoten, ein Gewaltschritt, der mit dem Bankübereinkommen vom 3. Januar 1863 im krassen Widerspruche steht. Als nächste Operation haben wir die zwangsweise Anleihe von 60 Millionen Gulden bei der Nationalbank zu verzeichnen, und schließlich die Erweiterung des Umlaufes der mit Zwangskurs ausgestatteten Staatsnoten, die, inbegriffen der vorangegangenen Anlehen, bis zu der Höhe von 300, beziehungsweise 400 Millionen stiegen. Ohne Zusammenhang mit diesen Operationen steht die Hinausgabe eines neuen steuerfreien fünfprozentigen Anlehens bis zum Betrage von 50 Mill. Gulden.

So wurde während der kurzen Zeit von nicht ganz anderthalb Jahren für einen Krieg von wenigen Wochen die öffentliche Schuld um 300 Millionen Gulden Staatspapiergeld und ungefähr 250 Millionen 5proc. Schuld erhöht. Der Eingriff in das Privilegium der Nationalbank und die dadurch herbeigeführte Papier-Cirkulation von 550 Millionen Gulden haben die Landeswährung einer ganz unberechenbaren Entwerthung Preis gegeben. Die Rückwirkung dieser Maßregeln hat sich geltend gemacht in der Vertheuerung aller Lebensmittel, aller Arbeits- und Produktionskosten, die wieder die wichtigsten socialen und volkswirthschaftlichen Interessen auf das Gefährlichste bedrohen. Neue Schulden bringen unter diesen Umständen den Staatsbankerott.

Wie wenig die Regierung für den Volkswohlstand gethan, zeigt der Verfasser an der Bodenkultur und der Verwaltung des Salzmonopols. Die hohen Salzpreise verschulden den Untergang einer Menge von Industrie-Unternehmungen. Die blinde Behandlung des Salzmonopols hat es so weit gebracht, daß das östreichische Salz, an einige Staaten vertragsmäßig um den Naturalpreis abgelassen, aus diesen wieder zurückgeschmuggelt wird!

Mit der Blutsaugerei des Staats als Monopolisten wetteifern die in erschrecklicher Anzahl vorhandenen Privatmonopolisten, die sich ausmästen und das Land arm fressen. Wie haben sie das Eisenbahnwesen ausgebeutet!

Und die Nationalbank, ist sie dem Kaufmann und Gewerbtreibenden eine Hülfe? Nein, sie dient nur den großen Firmen. Der kleine Geschäftstreibende erkauft ihr Giro mit einer Provision zu 10 bis 15 pCt.; er ist, ob er hier borgt, oder beim Privatmanne, dem unverschämtesten Wucher verfallen.

So schlecht nun diese Verwaltungsmaschine ist, erfordert doch ihr Kontrolwesen enorme Summen. Die Kontrolle aller kontrollirenden, kontrollirten Kontrolleure verschlingt mehr, als der Bruttoertrag abwirft. Das Versicherungswesen ist beim Ausschluß der auswärtigen Konkurrenz miserabel. Die Landwirthschaft mußte am meisten darunter leiden. Sie ist auf's Tiefste herabgekommen, der Bodenwerth rapid gesunken. Der Bauernstand ausgesogen und verschuldet, zahlt keine Steuern, Vieh und Aussaat fehlen ihm, der Krieg hat viel vernichtet, tausende von Arbeitskräften sind weggerafft, der Landmann geht mit gerechtem Zagen ins Frühjahr.

Deutschland.

Preußen. △ Berlin, 27. März. Vor einigen Tagen ging eine Korrespondenz aus Geestemünde durch die Presse, nach welcher der Befehl ertheilt worden sein sollte, die ganze preußische Flotte so schleunig in Dienst zu stellen, daß sie am 1. April auslaufen könne. Diese Nachricht, welche nicht verfehlt hat, Aufsehen zu machen, ist, wie ich höre, ungenau. Allerdings ist für den in Geestemünde stationirten Theil der Flotte die Indienststellung angeordnet worden und ein gleicher Befehl ist auch nach einigen andern Stationen ergangen, aber keineswegs für die ganze Flotte. Auch entbehrt diese Anordnung durchaus den Charakter des Außergewöhnlichen. Jedes Jahr um dieselbe Zeit ergeht der Befehl zur Indienststellung an diejenigen Schiffe, welche im Frühjahr zu Uebungen auslaufen sollen. Ich bin im Stande, über den Umfang der diesmaligen Anordnung folgende Daten mitzutheilen. Die Korvetten „Hertha", „Nymphe" und „Medusa" sind zur Ausbildung von Schiffspersonal aller Dienstzweige angewiesen und gehen als Lehr- und Uebungsgeschwader nach der Ostsee. Später wird sich die „Gazelle" ihnen zugesellen, sobald dieselbe aus dem Mittelmeer zurückgekehrt sein wird. Die Fregatte „Thetis" tritt als Wachtschiff an die Stelle der „Gefion" und wird zugleich in Gemeinschaft mit einem Dampfkanonenboote Uebungen als Artillerieschiff machen. Das Aviso „Lorelei" und die Dampfkanonenboote „Basilisk" und „Wolf" sind beauftragt, Vermessungsarbeiten in der Nordsee zu machen und werden damit beginnen, sobald die Witterung es zuläßt. Das Panzerschiff „Arminius" endlich ist zur Ausführung von Versuchen in Dienst gestellt. Für die Dauer der Vermessungsarbeiten sind dazu kommandirt der Korvettenkapitän Grapow, der die Leitung übernimmt und zugleich als Kommandant des Aviso „Lorelei" fungiren wird, ferner der Kapitän-Lieutenant Ratzeburg und mehrere Lieutenants und Unterlieutenants zur See. Auf Vorstehendes beschränkt sich Alles, was in Bezug auf die Indienststellung der Marine angeordnet ist.

Bekanntlich haben Frankreich, Rußland und Oestreich der Pforte die Abtretung Kandias angerathen. Den gleichen Rath hat nun auch Preußen in Konstantinopel ertheilen lassen. Von einem kollektiven Schritt der genannten Mächte ist aber dabei abgesehen worden und zwar aus Rücksicht auf die etwas abweichende Stellung Englands zu der Frage. Es haben daher jene Mächte alle einzeln und selbstständig ihre Eröffnungen in Konstantinopel machen lassen. — Die preußische Regierung hat in letzterer Zeit der französischen gegenüber den Wunsch geäußert, daß diese Erleichterungen in der Paßkontrolle für den Personenverkehr zwischen Preußen und Frankreich eintreten lassen möchte, namentlich mit Rücksicht auf die bevorstehende Weltausstellung. Die französische Regierung hat aus polizeilichen Gründen dem Wunsche nicht entsprechen können. Es ist dies um so mehr zu bedauern, als doch Frankreich eine derartige Erleichterung des Verkehrs während der Ausstellung zu Metz im Jahre 1861 zugestanden hatte. — Daß zwischen Holland und Frankreich Verhandlungen wegen Luxemburg stattfinden, läßt sich nach den übereinstimmenden Mittheilungen von verschiedenen Seiten wohl nicht mehr bezweifeln. Selbst die französischen Organe, welche früher widersprachen, müssen es jetzt zugestehen. Kaum dürften sich aber bis jetzt die Verhandlungen über das Stadium der Vorbereitung hinaus erstrecken, da doch schließlich die Frage keine bloße Privatsache jener beiden Mächte, sondern eine europäische ist, wenn auch keine der europäischen Mächte ihr großes Gewicht beilegen wird. Nach dem aber, wie sich die französische Regierung zu den allgemeinen europäischen Interessen zu stellen pflegt, hofft man in hiesigen maßgebenden Kreisen mit Zuversicht, daß die Sache nicht zu einer ernsten Verwicklung angethan sei.

Ψ Berlin, 27. März. Es scheint daß sich die eigenthümlichen Vorgänge in den Reichstagssitzungen mit jedem Tage steigern. An aufregenden Momenten hat es heute so wenig gefehlt, wie gestern, ja der Ministerpräsident verlor während seiner letzten Rede mehr die Ruhe, als wir es je von ihm gesehen haben. Selbst in den heißesten Kämpfen während der letzten Jahre im Abgeordnetenhause sprach Graf Bismarck nicht so erregt, bedeckte niemals so auffallende Blässe sein Gesicht. Die Versammlung befand sich in höchster Erregung, welche sich fortgesetzt zeigte, als es über das punctum saliens, den Bennigsen'schen Antrag zur Abstimmung kam. Graf Bismarck selbst folgte mit sichtbarer Spannung dem Gange des Namensaufrufes und verzeichnete jede Stimme. Die Heiterkeit seiner Gesichtszüge verkündete lange vor dem Präsidenten, daß das Resultat zu seinen Gunsten ausgefallen war; die Konservativen umdrängten seinen Platz und beglückwünschten den Ministerpräsidenten; sie aber dürfen sich das Resultat der Abstimmung nicht als ihren Sieg vindiciren. Zwar stimmte die Rechte wie ein Mann gegen den Bennigsen'schen Antrag und auf der Linken fehlten Manche, allein den Ausschlag gaben — die Sachsen, welche sich diesmal von den übrigen Partikularisten getrennt hatten. Die Nationalliberalen waren in der That geschlagen, sie meinten ihren Anträgen könne unmöglich eine destruktive Tendenz beigemessen werden, sie wollten sich ihre Stellung als vermittelnde Partei bewahren, sie wollten deshalb unter allen Umständen Zeit und Raum zum Unterhandeln gewinnen, deshalb die Vertagungsanträge, sie waren zu Modifizirung ihrer Anträge geneigt, lediglich um keine solche Niederlage zu erleiden, wie es nun geschah, nachdem sie bisher, das ist ganz unleugbar, der Regierung so gute Dienste geleistet hatten, ja fast ihre einzige, jedenfalls ihre beste Stütze waren.

Die sehr unumwundenen Reden des Abg. Lasker, Bennigsen und Miquel — Braun von Wiesbaden war ganz kleinlaut geworden — zeigten sehr deutlich, daß es mit der entente cordiale zwischen den Nationalliberalen und der Regierung nicht mehr viel auf sich hat und man möchte kaum irren, wenn man annimmt, daß dies der Regierung nichts weniger als angenehm ist, denn das Gros der gemäßigt-liberalen Elemente in Preußen inklusive seiner neuesten Provinzen und in den Kleinstaaten — Sachsen immer ausgenommen — steht hinter dieser Partei; die Konservativen im Bündniß mit den Sachsen sind eine ziemlich unsichere Stütze für die Regierung. — Uebrigens werden sich die heut vom Ministertisch und von Seiten nichtministerieller Abgeordneter gehörten Klagen, über gegenseitige Unbekanntschaft mit den beiderseitigen Intionen bald legen, denn es ist eine gegenseitige Mittheilung zwischen der Regierung und und den Führern der Fraktionen angebahnt worden. Für die nächsten Tage sieht man stürmischen Debatten entgegen; in der Diätenfrage, für welche auf allen Seiten des Reichstages Stimmung ist, soll die Regierung gleichfalls nicht zum Nachgeben entschlossen, und eine Art von Kabinetsfrage daraus zu machen geneigt sein. — Die Anwesenheit des sächsischen Ministers v. Friesen bezieht sich auf sein beabsichtigtes Eingreifen in die Verhandlungen des Reichstages über Zoll-, Handels-, Eisenbahn-, Post- und Telegraphen-Angelegenheiten.

— Bei Verleihung des Annunciaten-Ordens hat der König

von Italien das nachstehende Handschreiben an den Präsidenten des Staatsministeriums, Grafen v. Bismarck gerichtet:

In dem Augenblick, wo die Wiedervereinigung Venetiens mit Italien die Erfolge der Dauer verheißenden Allianz krönt, welche zwischen der Regierung des Königs von Preußen und der meinigen geschlossen ist, gebe ich Ihnen gern einen neuen Beweis meiner Hochachtung; es drängt mich, Ihnen kundzuthun, wie sehr ich das von Ihnen, durch den hervorragenden Antheil, welchen Sie an dem ruhmvoll durchgeführten Werke des Königs Wilhelm I, Ihres erhabenen Gebieters, genommen haben, auf die Dankbarkeit der beiden Nationen erworbene Anrecht anerkenne. In Folge dessen habe ich Sie zum Ritter des hohen Annunciaten-Ordens ernannt und meinen Staats-Sekretär für die auswärtigen Angelegenheiten beauftragt, Ihnen die Insignien des Ordens zu übersenden. Dieses außerordentliche Zeichen meines Wohlwollens entspricht dem Platze, welchen Italien Ihnen in seinen liebsten und kostbarsten Erinnerungen bewahren wird; und Sie wollen darin zugleich den Beweis des Werthes erblicken, welchen ich darauf lege, Sie bestrebt zu sehen, die intimen Beziehungen, welche durch so denkwürdige Ereignisse zwischen Italien und Preußen gestiftet sind, weiter zu befestigen. Gott nehme Sie, Herr Graf, in seinen Schutz! Florenz, 18. Januar 1867. Victor Emanuel. (Visconti Venosta.)

— Dem Vernehmen nach sind die in Aussicht gestellten „Erläuterungen der preußischen Bündnißverträge" bereits an ihre Adresse gelangt. Preußen vertritt darin die Ansicht, daß die Staaten des deutschen Südens, denen wohl das Recht zugesprochen, aber nicht die Verpflichtung auferlegt worden, sich zu einem Südbunde mit unabhängiger Existenz zusammen zu schließen, von ihrer Unabhängigkeit nichts einbüßten, wenn sie auf die Errichtung eines solchen Bundes verzichteten, und daß, eben weil sie vollständig unabhängig geblieben, die Berechtigung, die ausgedehntesten Garantie-Verträge einzugehen, ihnen unverkümmert zugestanden werden müsse. In Bezug auf Preußen speziell aber schließe gerade die Uebernahme einer Garantie für den gesammten Besitzstand der betreffenden Staaten unbedingt die Unterstellung aus, daß irgend welche Territorial-Erwerbung südlich des Mains in seiner Absicht liege und es nehme keinen Anstand, nochmals zu erklären, daß es den Prager Frieden seinem ganzen Inhalte nach fortgesetzt als die bindend hingestellte Grundlage der neuen Ordnung der Dinge anerkenne und zu respektiren entschlossen sei.

— Die „Prov.-Corr." schreibt: Auch mit Württemberg hat die preußische Regierung ebenso wie mit Bayern und Baden schon im August ein Schutz- und Trutzbündniß abgeschlossen, welches nunmehr gleichfalls veröffentlicht worden ist.

Da außerdem das Großherzogthum Hessen in Bezug auf seine Provinz Oberhessen dem Norddeutschen Bunde angehört, die großherzoglichen Truppen aber in einem gemeinsamen Verbande bleiben sollen, so ist die gesammte Wehrkraft von Nord- und Süddeutschland für den Fall der Vertheidigung deutschen Gebiets vollständig geeinigt. (Nur mit dem Fürsten von Liechtenstein hat Preußen bisher weder einen Friedensvertrag, noch ein Schutz- und Trutzbündniß abgeschlossen, doch wird dadurch die deutsche Einheit und Kraft nicht eben beeinträchtigt werden.)

Man hat nach allerlei Gründen gesucht, warum jene Verträge gerade jetzt veröffentlich worden sind; vornehmlich hat man den Anlaß in der gegenwärtigen Stellung zum Auslande finden wollen In Wahrheit aber ist der Grund nur in der Entwicklung der deutschen Verhältnisse selbst zu finden. Es galt, dem deutschen Volke das volle Bewußtsein dessen zu geben, was es an Grundlagen nationaler Einigkeit bereits besitzt, um die weitere Arbeit der Verständigung und des nationalen Aufbaues zu erleichtern und zu fördern.

— Für den projektirten Dombau wird die Idee des verstorbenen Geheimraths Stüler festgehalten, welche in einem vor einigen Jahren hier ausgestellten Modelle veranschaulicht war. Danach würde der Dom außer der Vorhalle im Quadrat 230 Fuß messen; die Kuppel mit dem Thurme vom Grunde aus eine Höhe von 400 Fuß erhalten; die Kirche bis zur Dachlinie die Höhe von 140 Fuß, die Kuppel 190 Fuß und der auf derselben befindliche Thurm mit Einschluß des Kreuzes 70 Fuß hoch sein. Die Vorhalle soll von sechs im korinthischen Style ausgeführten Säulen getragen werden, welche sieben Bogeneingänge bilden.

— In diesen Tagen hat hier eine Konferenz der Interessenten des Thorn-Bartensteiner-Eisenbahn-Projekts stattgefunden. Die Stadt Thorn war bei derselben durch ein Magistrats-Mitglied, Herrn Hoppe, offiziell vertreten. Die Verhandlungen haben, soviel wir erfahren, zwar noch zu keinem definitiven Ergebniß geführt, doch ist, so weit das von den in der Konferenz vertreten gewesenen Kommunen und Kreisen abhing, eine Verständigung erfolgt, die erwarten läßt, daß das Unternehmen fortgesetzt ernstlich betrieben werden wird.

— Das Wochenblatt „Die Verfassung", welches hier im Verlage von Franz Duncker erschien, ist eingegangen.

Hannover, 26. März. Vor dem hiesigen Obergerichte stand gestern Termin in der Klage des Bankierhauses Lippmann, Rosenthal u. Co. wegen Herausgabe von in Depot gegebenen und am 16. Juni v. J. nach London geschafften Werthpapieren gegen die Generalkasse an. Von den frühern Ministern und dem ehemaligen Generalsekretär im Finanzministerium, Geh. Finanzrath von Klenck, gegen die gleichzeitig Klage erhoben worden war, hatte sich letzterer allein durch einen Anwalt vertreten lassen, der jede Theilnahme an dem Prozesse unter Hervorhebung der Thatsache ablehnte, daß die Herausgabe der betreffenden Papiere gegen Einzahlung der darauf gegebenen Darlehen weder von dem Könige Georg noch von Herrn v. Klenck dem klagenden Bankhause jemals verweigert sei. Obergerichts-Anwalt Bauermeister verlangte Namens der Kläger die Herausgabe der Papiere, da das Generalgouvernement an Stelle des ehemaligen hannoverschen Finanzministeriums getreten sei. Der Anwalt des Gouvernements Blumenberg bestritt die Verpflichtung desselben zur Rückgabe von Papieren, welche ohne sein Verschulden fortgeschafft seien und von ihm nicht herangezogen werden könnten. Das Gericht hat die Abgabe des Urtheils vertagt. — Der Celler Aufruhrprozeß hat bereits vier Wochen gedauert, ohne daß besonders neue Momente zu Tage getreten wären. Der allgemeine Theil der Untersuchung hat 8 Tage erfordert, in weiteren 3 Wochen ist die Instruktion von 35 Angeklagten vollendet. Hiernach zu schließen, kann die Untersuchung wohl noch den ganzen April in Anspruch nehmen.

Sachsen. ↗ Dresden, 26. März. Wie wir hören, ist es die Absicht der liberalen Elemente des sächsischen Landes, zu einem Gesammtverein zusammenzutreten und so gewissermaßen für das Königreich Sachsen einen Verein in der Art, wie der Nationalverein für Deutschland war, zu bilden. Man spricht bereits davon, zu diesem Zwecke in Riesa eine Zusammenkunft von freisinnigen Männern aus Chemnitz, Dresden und Leipzig stattfinden zu lassen, um sich über die Grundzüge dieser politischen Neubildung zu berathen. Der Hauptzweck derselben soll sein, das politische Leben im Fluß zu erhalten, es zu sammeln und indem man es möglichst vor Ausschreitungen hütet, überall gleichmäßig auf die großen Fragen der Gegenwart zu richten und sich darüber zu verständigen.

Veranlassung zu dieser Idee gab die in der letzten hier stattgefundenen Versammlung der deutsch-freisinnigen Partei wieder in Anregung gebrachte Bildung eines Vereins, die denn auch beschlossen wurde, und weil sie mit ähnlichen Bestrebungen in Leipzig und Chemnitz zusammenfällt, den Gedanken jenes allgemeinen sächsischen Vereins aufkeimen machte.

Daß in Sachsen das politische Leben im Ganzen und Großen der sonstigen Intelligenz des Landes nicht entspricht und gegen dasjenige anderer Staaten zurücksteht, kann als außer jedem Zweifel betrachtet werden. Es kommt keineswegs darauf an, eine kopflose Widerstandspartei, blinde Annektionsgelüste oder gar sogenannte „destruktive Tendenzen" in dieser Vereinigung auszubrüten und großzuziehen, sondern man wünscht ausschließlich eine gesetzte, den Zeitereignissen sowohl gewachsene, als auch im vernünftigen Sinne Rechnung tragende Anschauungsweise zu erzeugen und damit zur Neugestaltung von ganz Deutschland wesentlich mitzuhelfen.

Daß die maßlose Oppositionslust gegen den Norddeutschen Bund sich in Sachsen bald überlebt haben wird, ist eine Meinung, die sich mit jedem Tage mehr verbreitet. Unter dem preußischen und sächsischen Militär, wir glauben das allen gegentheiligen Angaben gegenüber mit Bestimmtheit behaupten zu können, fängt ein kameradschaftliches Vernehmen mehr und mehr Platz zu greifen an. Zu dem Diner, das das preußische Offizierkorps zur Feier des Geburtstages Ihres Königs im Meinhold'schen Saale gab, waren viele sächsische Offiziere geladen, die denn auch erschienen. Von der großen Anzahl sächsischer Kavallerieoffiziere, die bei der ersten Nachricht von dem Uebergange der Militärhoheit auf Preußen auszuscheiden beschlossen, hat kein einziger seinen Entschluß ausgeführt, sondern alle haben sich willig gefunden in das neue Verhältniß überzutreten. Nach und nach fängt das Prestige der preußischen Waffen und der deutschen Armee unter preußischem Oberbefehl doch an seinen Einfluß zu üben. Der Respekt, mit welchem das Ausland jetzt beginnt auf die historischen Erfolge und die Stellung des preußischen Heeres zu blicken, unterläßt nicht auch das Ehrgefühl in den andern deutschen Kontingenten zu wecken.

Wie lebhaft oft jener Respekt sich ausdrückt, davon erzählte uns jüngst ein Freund, der von einem Ausfluge nach Prag, kürzlich hierher zurückkehrte, ein Beispiel. Er reiste zuletzt mit einem italienischen Kaufmanne, der seinen Geschäften nachgehend, doch nicht seine Spannung, preußisches Militär zu sehen, verbergen konnte. Bei jedem Soldaten, dessen man an den Stationen ansichtig wurde, fragte er, ob das „un soldato prussiano" sei.

Der Geburtstag König Wilhelms wurde hier, außer dem schon erwähnten Offizier-Diner, auch noch durch ein Mittagsessen und einem sich daranschließenden Ball der Mannschaften auf dem Linke-schen Bade gefeiert. Das weibliche Geschlecht war zahlreich vertreten und jedenfalls hat es nicht an Tänzerinnen gefehlt. Viele Offiziere nahmen auch an dieser Festlichkeit Theil, die in heiterster Weise und durch keinen Mißton gestört, verlief.

Für die Uebergabe des Post- und Telegraphenwesens in die Oberleitung preußischer Hände werden bereits Vorbereitungen getroffen, die im besten Einvernehmen vor sich gehen. Im Allgemeinen ist zu sagen, daß die immer mehr und mehr sichtbar werdende Annäherung von Süddeutschland an Preußen die Neigung zu einem guten Einvernehmen und Verständigen Sachsens mit Preußen wesentlichen Vorschub leistet.

Hamburg, 26. März. Nach einer offciösen Einsendung an den amtlichen „Hamburger Korrespondent" hätte man annehmen müssen, daß jetzt die begüterten Hamburger Kaufleute aus Besorgniß vor der allgemeinen Wehrpflicht nicht länger ihre Entlassung aus dem Staatsverbande beantragen würden. Nichtsdestoweniger aber sind gestern wiederum drei Kaufleute zum Austritt angemeldet worden, nämlich die Herren Gorrissen, Schröder und Desmann. Der Erstere ist großherzoglich hessischer General-Konsul.

Oestreich.

Wien, 26. März Die preußische Regierung hat hier zu Gunsten ihrer Unterthanen, welche Gläubiger des Fürsten Esterhazy sind, diplomatisch intervenirt.

— Mehrere Blätter bringen Nachricht über einen bei Knin und Kistagne in Dalmatien zwischen dem Volke und behördlichen Organen stattgehabten blutigen Zusammenstoß, wobei der Prätor und mehrere Gensd'armen todt geblieben seien. Die Sache hat indeß nach der „W. Ztg." mit der Politik nichts zu schaffen.

— Aus Semlin wird ein Konflikt gemeldet. Von dem dortigen Zollamte wurde der kaiserliche Adler herabgenommen und dafür das ungarische Wappen aufgerichtet. Das sah aber der dortige Militärkommandant für eine Beleidigung an und stellte an die Vorsteher des Zollamtes die Forderung, den Adler wieder an seine Stelle bringen zu lassen, mit der Drohung, falls dies nicht geschehe, würde er es vollführen. Auf die Weigerung ließ der Kommandant in der That den Adler wieder über das Zollamtsgebäude setzen. Hierauf telegraphirte die Civilbehörde den Vorfall an das Ministerium in Pesth und fragte um ihr Verhalten an. Es wurde zurücktelegraphirt, man möge, um Reibungen zu vermeiden, die Sache auf sich beruhen lassen. Der Adler behauptete also seinen Platz.

Großbritannien und Irland.

London, 25. März. In dem Marktflecken Market Drayton in der Grafschaft Shrop herrscht seit einigen Tagen eine nicht geringe Aufregung. In der Nachbarschaft dieses Ortes nämlich, in Adderley Hall, hat der vielgenannte Exgouverneur von Jamaika, Mr. Eyre, gegenwärtig seinen Sitz, und da er dem Wunsche des Jamaika-Komité's, sich gelegentlich der Voruntersuchung gegen Oberst Nelson und Lieutenant Brand in London einzufinden und zu stellen, nicht Folge geleistet, auch sein juristischer Vertreter dem Anwalt des Komités in dieser Beziehung keine befriedigende Antwort ertheilte, so beschlossen die Herren dieses Komités, ihn an seinem jetzigen Wohnorte aufzusuchen und dort einen Haftbefehl gegen ihn auszuwirken. Das Gerücht hatte die Kunde in dem Städtchen schon allenthalben verbreitet, ohne indessen bei dem Rufe, dessen sich der Besitzer des Guts, wo Mr. Eyre weilt, erfreut, besonderen Glauben zu finden, bis gegen Ende der Woche plötzlich der ganze Anklagestab für die Jamaika-Angelegenheit in Market Drayton sich einstellte. Aus der Anzahl der mitgebrachten Zeugen ließ sich sofort schließen, daß die Sache energisch behandelt werden soll. Außer den Rechtsbeiständen des Komités war unter den Ankömmlingen Dr. Alex. Fiddes von Kingston (Jamaika), der Arzt des hingerichteten Gordon, ferner Mr. Lewis, Mitglied der Legislative und Friedensrichter auf Jamaika, Mr. Phillipps, Mitglied der englischen Bar, sowie noch einige andere Personen aus Jamaika. Heute, wo die Verfolgung angestrengt werden soll, werden noch einige weitere Zeugen, darunter einer der Beamten des Kolonialministeriums zur Vorlegung der Depeschen Mr. Eyres an diese Behörde, sodann der Sekretär und die Stenographen der nach den unseligen Ereignissen in Jamaika dort niedergesetzten königlichen Spezial-Kommission in Drayton eintreffen und vernommen werden. Man sieht dem Resultat der Verhandlung mit großer Spannung entgegen.

Frankreich.

Paris, 25. März. Man spricht neuerdings wieder von der Reise der Kaiserin nach Rom, auf welcher sie der kaiserliche Prinz begleiten soll. Dieselbe wird selbstverständlich erst nach der Wiederherstellung des Prinzen stattfinden.

Die „France" meldet: „Die ärztlichen Bulletins bestätigen seit mehreren Tagen, daß das Befinden des kaiserlichen Prinzen so befriedigend wie möglich ist." Andererseits erfährt man, daß das Uebel des Prinzen in einem Absceß fast am Ende der Wirbelsäule bestehe. Die Aerzte sagen, daß sie noch nicht angeben könnten, ob der Knochen von dem Absceß erreicht sei; sei dies der Fall, so wäre es möglich, daß das Rückenmark in Mitleidenschaft gezogen würde, und dies sei dann natürlich von höchster Gefahr.

— Emil de Girardin wird seit einigen Tagen vom „Pays" stark angegriffen. Da dasselbe sich auch einige hämische Anspielungen auf seinen Namen erlaubte, so giebt derselbe heute folgende in vieler Beziehung merkwürdige Antwort: „Sie bilden Sich vielleicht ein, daß Ihre Injurien mich geärgert und Ihre Witze mich betrübt haben. Dieses ist nicht der Fall. Sicherlich ist es nicht edel; aber es wäre vielleicht geistvoll, mir vorzuwerfen, mir den Namen, den ich trage, durch das Recht der Eroberung angeeignet zu haben, statt ihn einem zweifelhaften Geburtsrechte zu verdanken, wenn ich mich dessen schämte; aber warum sollte ich mich dessen schämen? Obgleich Herr Vapereau, ungeachtet meiner Reklamationen, darauf besteht, mich in der Schweiz zur Welt kommen zu lassen, so bin ich doch in Paris am 22. Juni 1806 geboren. War denn meine Mutter, Frau Dupuy, geb. Faquau, die einzige Frau aus der Zeit des ersten Kaiserreichs, welche das Vorrecht gehabt hat, ein Kind zur Welt zu bringen, das nicht das ihres Mannes war? Bin ich nicht so in sehr hoher Gesellschaft geboren? (Girardin spielt boshaft mit diesen Worten auf Morny an). Warum soll ich mich beklagen? Ich hatte die Wahl zwischen dem Namen Emil Dupuy, der mir gesetzlich angehörte, zwischen dem Namen Emil de Girardin, der mir durch die Zärtlichkeit, mit der mich mein Vater überhäufte, von 1806 bis 1815 zukam, und zwischen dem Namen Emil ganz kurz. Unglücklicher Weise besaß ich 1827 nicht die Erfahrung, die ich heute habe, sonst würde ich meinen Stolz hineingesetzt haben, mich einfach „Emil" zu nennen.

Italien.

— Privatbriefe aus Rom melden eine ungemeine Ueberraschung, die Baron Hübner neulich dem Kardinal Antonelli bereitet. Der östreichische Gesandte las nämlich dem Staatssekretär eine Depesche des Baron Beust vor, in der die päpstliche Regierung alles Ernstes beglückwünscht wurde zu der versöhnlichen Haltung, die sie neuerdings Italien gegenüber bezeigt, und den Anläufen zu Reformen im Innern, welche der Papst genommen. Die Art und Weise, wie die Depesche sich über die Mission Tonellos geäußert, und der Nachdruck, mit dem sie auf die Nothwendigkeit hinwies, dieselbe durch angemessenes Entgegenkommen zu gedeihlichem Ende zu führen, soll den Kardinal ganz besonders in ein peinliches Erstaunen versetzt haben. Es war das erste Mal, daß von Oestreich aus Fingerzeige nach dieser Richtung gegeben wurden.

Rußland und Polen.

⊙ Aus Litthauen, 18. März. Unter den wegen direkter Theilnahme an den Gefechten im letzten Aufstande nach Sibirien Verbannten befand sich auch ein Pole, Namens Theodor Bednarski. Derselbe hatte eine ländliche Besitzung bei Kowno, die aber sequestirt worden und in den Besitz eines Russen übergegangen ist. Im August v. J. begnadigt, kehrte er nicht zurück, sondern blieb in der Gegend von Irkutsk, wo er im Verein mit zwei reichen Russen eine Niederlage für rohe Pelzwaaren und gleichzeitig eine Fabrik zu deren Bearbeitung etablirt hat. In diesen Anlagen soll das, was jetzt im Auslande und besonders in dem Lomers'schen Fabrikgeschäft zu Leipzig bewirkt wird, nämlich, daß die rohen Felle der Pelzthiere aus den russischen Ländern dort einwandern und als fertige Pelzwaaren nach Rußland wieder zurückgehen, künftighin bewirkt werden. Es soll ein Stapelplatz für die Pelzjäger und Händler mit Rohfellen werden und die enormen Summen, welche jetzt alljährlich für die Herstellung zu fertigen Pelzen ins Ausland gehen, sollen im Lande bleiben. Bednarski hat Talent zu derartigen Unternehmungen und da seine Associees Geld haben, dürfte das Geschäft sehr rentable werden, wenn er sonst im Stande ist, ausreichende Arbeitskräfte und Aufsichtspersonal für die Fabrik zu beschaffen. Er hat daher einen offenen Brief an seine Landsleute erlassen und ladet alle die, welche in der Heimath Anhalt und Existenzmittel verloren haben, zu sich ein. Denen, welche sich dazu entschließen, stellt er Mittel zur Reise und sonstigen Ausrüstung zur Verfügung und verspricht ihnen, daß sie wie überhaupt alle in das Geschäft Eintretenden nicht blos dienende Personen und Arbeiter, sondern je nach ihren Leistungen Theilhaber am Geschäft werden sollen. Es haben sich bereits Leute entschlossen, dem Rufe zu folgen und sind um Vorschüsse eingekommen. Nur Polen dürfen sich melden und erhalten Vorschüsse.

Warschau, 23. März. Ein kaiserlicher Ukas v. 9. d. sanktionirt den Beschluß des hiesigen Organisations-Komités, durch welchen das Kommunikationswesen im Königreich Polen der Verwaltung des Ministeriums des öffentlichen Verkehrs in Petersburg in der Weise untergeordnet wird, daß es die 11. Abtheilung desselben bildet. Die Inspektion über die Privat-Eisenbahnen im Königreich Polen wird durch diesen Ukas von der Abtheilung für das Kommunikationswesen getrennt und dem General-Inspektor über die Privat-Eisenbahnen im Kaiserreich übertragen. — Einem amtlichen Nach-

weise zufolge waren an der hiesigen Universität in dem soeben beendigten Wintersemester 71 Professoren und Docenten beschäftigt, und zwar 16 für Jurisprudenz und Kameral-Wissenschaften, 24 für Medizin, 16 für Philologie und Geschichte, 15 für Mathematik und Physik. Die Zahl der Studirenden betrug 1035; davon widmeten sich der Jurisprudenz und den Staatswissenschaften 523, der Medizin und Chirurgie 127, der Pharmazie 45, der Philologie 73, der Mathematik und Physik 267. Stipendien erhielten 72 Studirende, und zwar von der Regierung 31, aus Privatstiftungen 41. — In Rußland ist in letzter Zeit eine lebhafte Nachfrage nach groben Tuchen hervorgetreten, in Folge deren der Preis derselben um 20 pCt. gestiegen ist. Die zahlreichen Tuchfabriken im Königreich Polen würden aus den bei ihnen gemachten bedeutenden Bestellungen an groben Tuchsorten großen Gewinn ziehen, wenn derselbe durch die erschwerte Kommunikation und den kostspieligen Transport nicht zu sehr geschmälert würde. (Ostſ. Ztg.)

Türkei.

Konstantinopel, 25. März. „Das amtliche Blatt „la Turquie“ sagt, es sei zu der Erklärung ermächtigt, daß, was auch Lord Stanley im englischen Parlamente gesagt haben möge, weder die französische noch irgend welche andere Regierung der Pforte jemals vorgeschlagen habe, die Insel Kreta an Griechenland abzutreten. Es fügt noch hinzu, daß die Pforte nicht einen Zoll von den Gebietstheilen, die der Pariser Vertrag von 1856 ihr ausdrücklich garantirt habe, jemals abtreten werde.

Vom Reichstage.

(20. Sitzung vom 27. März.)

Eröffnung 10¼ Uhr. Die Tribünen sind gefüllt. Am Tisch der Kommissarien die Minister v. Roon, v. d. Heydt, später Graf Bismarck, die Geh. Räthe v. Liebe, Wetzel, v. Savigny u. s. w. In der Mittelloge der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, Prinz Nikolaus von Nassau, später der Kronprinz von Preußen, der Großherzog von Weimar, der Großherzog von Baden und seine Gemahlin.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung wird ein Antrag des Abg. Michaelis (Ueckermünde) verlesen: Der Reichstag möge beschließen, den Präsidenten zu ermächtigen, zwölf Kommissarien aus der Mitte des Reichstages zu ernennen mit dem Auftrage unter Mitwirkung der Vertreter der Bundesregierungen, die Abschnitte VII. und VIII. des Verfassungsentwurfs (Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen) einer Vorprüfung zu unterwerfen und dem Reichstage in der Vorberathung darüber zu berichten. — Der Antrag, der sofort zum Druck gegeben wird, soll noch am Schluß der heutigen Sitzung erledigt werden.

Es wird darauf in die Tagesordnung eingetreten. Die gestrige Sitzung schloß mit der gänzlichen Beseitigung des Art. 12. des Abschnittes IV. des Verfassungsentwurfs und die Vorberathung wendet sich den folgenden Artikeln zu. Die Art. 13, 14, 15, die von der Stellung des Präsidiums zum Bundesrathe, der Berufung, Eröffnung, Vertagung und Schließung desselben handeln, werden ohne Diskussion genehmigt.

Art. 16. lautet: „Der Bundeskanzler kann sich in Leitung der Geschäfte durch jedes andere Mitglied des Bundesrathes vermöge schriftlicher Substitution vertreten lassen.“

Es liegen zu demselben folgende Amendements vor:

1) vom Abg. Lasker: „Der Bundeskanzler kann sich in Leitung der Geschäfte im Bundesrathe u. s. w.“

2) Vom Abg. v. Bennigsen: „in Leitung der Geschäfte des Bundesrathes.“

Hierzu sind im Laufe des heutigen Tages drei neue Amendements gekommen, welche den gestern durch die Schlußabstimmung gefallenen Art. 12. mit den dazu gestellten Amendements wieder ersetzen sollen:

1) vom Abg. Grafen Bethusy-Huc, unterstützt von Konservativen in Gemeinschaft mit den Abgg. v. Vincke (Hagen) und Duncker (Halle): „Dem Artikel 16. folgende Fassung zu geben: „Der Vorsitz im Bundesrathe und die Leitung der Geschäfte steht dem Bundeskanzler zu, welcher vom Präsidium zu ernennen ist.“ Derselbe kann sich durch jedes andere Mitglied des Bundesrathes vermöge schriftlicher Substitution vertreten lassen.“

2) vom Abg. Lasker: Dem Präsidium steht es zu für einzelne Zweige der Verwaltung besondere Kommissarien zu ernennen, welche nach Maßgabe des erhaltenen Auftrages den Bundeskanzler vertreten.

3) vom Abg. v. Bennigsen: Das Präsidium ernennt ferner die Vorstände der einzelnen Verwaltungszweige, die zu seiner Kompetenz gehören.

Abg. Lasker (zur Geschäftsordnung): Der Antrag des Abg. Bethusy-Huc ist seinem Inhalte nach eine vollständige Wiederherstellung des Art. 12., welcher gestern abgelehnt ist; denn nach der gestrigen Auseinandersetzung des Herrn Präsidenten ist die thatsächliche Ablehnung des Art. 12. unzweifelhaft. Ich halte es nun für durchaus nöthig, daß wir uns erst über die Frage verständigen, ob es erlaubt ist, bereits abgelehnte Anträge in demselben Stadium der Berathung nochmals vorzubringen. In der Geschäftsordnung ist eine Bestimmung darüber nicht enthalten; die preußische Verfassungsurkunde verbietet dies. Wenn diese nun auch für uns hier nicht maßgebend sein kann, so möchte ich doch darauf aufmerksam machen, daß, wenn die Frage bejaht wird, eine unendliche Anzahl von Wiederholungen daraus folgen würde, die die Beendigung unserer Berathungen in weite Ferne rücken würden. Meiner Meinung nach liegt die Verneinung der Frage in der Natur der Sache.

Präsident Simson: Meine Meinung steht der Ansicht des Abg. Lasker diametral entgegen. Ich habe nicht den geringsten Zweifel über die Zulässigkeit des Antrages Bethusy-Huc. Ich lehne es ab, maßgebende Bestimmuugen über die Geschäftsführung aus der Natur parlamentarischer Verhandlnngen zu schöpfen; darüber denkt schließlich jeder anders, je nach seinem Geschmack, wie über das Naturrecht. Es bedarf hier einer positiven Bestimmung; die preußische Verfassung kann hier nicht maßgebend sein; auch der Entwurf, welcher vorliegt, enthält eine solche der preußischen Verfassung nachgebildete Bestimmung nicht, und wenn dies der Fall wäre, könnte diese jetzt noch nicht maßgebend sein. Ich habe also gar kein Bedenken, daß zu jedem späteren Artikel jeder früher abgelehnte Artikel wieder vorgeschlagen werden kann, und hege die Besorgniß des Herrn Vorredners nicht, daß dann unsere Berathungen nicht beendet werden könnten.

Abg. v. Vincke (Hagen) tritt den Ausführungen des Präsidenten bei, bestreitet, daß der Antrag Bethusy-Huc wörtlich mit Art. 12 übereinstimmt, und behauptet, daß dann ja die Anträge Lasker und Bennigsen in demselben Verhältnisse ständen.

Abg. Dr. Waldeck: Das Princip des Hrn. Präsidenten, allgemein durchgeführt, würde zu Konsequenzen führen, welche die Berathung in unabsehbare Länge ziehen würden. In den Kommissionsberathungen des preußischen Abgeordnetenhauses, wo doch dieselbe Geschäftsordnung maßgebend war, ist es bis jetzt Brauch gewesen, daß nur dann über einen solchen Antrag abgestimmt wurde, wenn der ausdrückliche Beschluß gefaßt worden war, die Berathungen wieder aufzunehmen. Meiner Meinung nach muß also auch hier die Versammlung erst beschließen, den alten Beschluß wieder aufzuheben und einen neuen zu fassen. Viele Mitglieder sind gar nicht in der Lage, erwarten zu können, daß der Antrag heut zur Berathung kommt; bei einer Sache von so großer Wichtigkeit, wie die vorliegende, ist es aber von großer Bedeutung, wie das Haus besetzt ist.

Abg. Lasker: Dem Herrn v. Vincke möchte ich nur bemerken, daß mein Antrag gestern nicht abgelehnt, sondern zurückgezogen worden ist.

Präsident Simson: Es ist bis jetzt kein Antrag gestellt, sondern man hat nur allgemeine Betrachtungen anzustellen; ich bin deshalb nicht in der Lage, eine Abstimmung herbeizuführen.

Abg. Dr. Waldeck: Ich widerspreche.

Präsident Simson: Nun werde ich also über die Zulässigkeiten des Antrages Bethusy-Huc abstimmen lassen.

Die Majorität, bestehend aus den Konservativen, Altliberalen und einem Theil der National-Liberalen erklärt sich für die Zulässigkeit.

Abg. v. Blanckenburg: Durch den gestrigen Beschluß haben wir den Art. 12 und die Institution des Bundeskanzlers ganz verloren. Art. 16 beginnt nun mit den Worten: „Der Bundeskanzler kann sich“ 2c. Das Haus wird wohl darüber einig sein, daß, wenn dies bleiben soll, irgend ein Uebergang an Stelle des Art. 12 geschaffen werden muß. Dies bezweckt das Amendement Bethusy-Huc. — Das Amendement Bennigsen, welches dazu gestellt ist, bezweckt, daß der Bundespräsident das Recht haben soll, die Vorstände der Verwaltungszweige, welche zur Kompetenz des Präsidiums gehören, zu ernennen. Durch Ihren Beschluß, vor dessen Annahme der Präsident der Bundes-Kommissarien so eindringlich gewarnt hat, gehören auch die direkten Steuern zur Kompetenz des Bundes; der Bundespräsident würde also auch die Finanzminister für die Einzelstaaten ernennen; dadurch wird aber die ganze innere Verwaltung diesen Staaten entzogen, die Regierungen also förmlich mediatisirt. Die Annahme eines solchen Antrages macht aber das Zustandekommen des Verfassungswerks unmöglich. Ich kann es mir gar nicht anders denken, als daß Sie sich im Irrthum befinden über die Tragweite Ihrer Amendements. Sie können sich doch wohl unmöglich der Meinung hingeben, daß gegen den Willen der Bundesregierungen und gegen die geschlossenen Verträge diese Versammlung so weitgehende Aenderungen durchsetzen kann. Ich bitte Sie deshalb, nur das Amendement Bethusy-Huc anzunehmen, welches den Art. 12 seinem Inhalte und Wesen nach wiedergiebt, die übrigen aber abzulehnen. Heizen wir die parlamentarische Lokomotive nicht mit so vielen Amendements, sonst platzt sie und dies ist nicht zum Heile Preußens und Deutschlands. — Ich verstehe wohl die Opposition jener Herren (nach links deutend), die uns stets als prinzipielle Gegner gegenübergestanden haben; ich verstehe es wohl, wenn sie einen deutschen Einheitsstaat wollen und wenn sie die innere Verwaltung in die Form des modernen Konstitutionalismus einkleiden wollen. Aber wenn die National-Liberalen, die sich mit solcher Wärme für das Zustandekommen der Bundesverfassung ausgesprochen haben, mit solchen Amendements kommen, deren Annahme für Preußen unmöglich ist, wenn es nicht die Vertragstreue brechen will — was Gott verhüten möge — dann bin ich wirklich besorgt für die Zukunft. Ich muß dringend bitten, von diesem Wege abzulassen. Denn meiner Meinung nach ist es kein gutes Zeichen für das Parlament, wenn es einen Antrag bei der Vorberathung annimmt, in der Meinung, es bei der Schlußberathung wieder gut zu machen.

M. H., haben Sie sich denn auch die Folgen überlegt, wenn durch die Schuld des Reichstages die Verfassung des Norddeutschen Bundes nicht zu Stande kommt? Haben Sie die Amendements auch zu Ende gedacht? Ich habe mir Mühe gegeben, zu Ende zu denken. Ich habe in meinem parlamentarischen Leben häufig Perspektiven eröffnet; für die, welche mich noch nicht kennen, will ich nur sagen, es waren die Warnungen des getreuen Eckardt (Gelächter); ja, Sie werden mir wohl nicht trauen, wenn ich sage: Ich bin der getreue Eckardt und für Aufrechterhaltung der wahren Freiheit. (Gelächter.) Ich wünsche und will, daß eine Verfassung zu Stande kommt mit einem parlamentarischen Körper. Wenn dies nicht geschieht, so ist es nicht unsere Schuld. Wir unserer Seits haben alle Anträge vermieden, welche das Zustandekommen der Verfassung gefährden könnten. Thun Sie dies auch. Die kleinen Regierungen können nicht mehr beschränkt werden in der gegenwärtigen Lage Deutschlands. M. H.! Der König von Preußen hat seine Schuldigkeit gethan, die Armee hat ihre Schuldigkeit gethan, die kleinen Fürsten haben ihre Schuldigkeit gethan, jetzt liegt es an uns, gleichfalls unsere Schuldigkeit zu thun. Ich bitte, ich warne, ich beschwöre Sie, verlassen Sie den Weg der Amendements (Widerspruch links; Abg. v. Vincke-Hagen ruft: Ja! ja! ja!) und schreiten Sie zur en bloc Annahme (Heftiger Widerspruch links). Sie wundern sich darüber? Haben Sie so wenig Glauben an Ihre eigenen Prinzipien, an das allgemeine Wahlrecht, daß Ihnen dasselbe später nicht noch zum Siege verhelfen wird? Lassen Sie jetzt das alte Parteigezänk bei Seite und schaffen Sie erst ein einiges Deutschland. Blicken Sie auf uns; gehen wir Ihnen nicht mit gutem Beispiele voran? (Gelächter.) Wir, die wir als Ultra Preußen so verketzert worden, haben doch z. B. für Art. 11 gestimmt, wo es heißt: „Das Präsidium des Bundes steht der Krone Preußen zu“, obwohl es manchen wohl schwer geworden sein mag, indem ihre Anschauung von dem Königthum verletzt worden durch den Ausdruck „Präsident“. (Schallendes Gelächter. Ruf: Zur Sache!) Durch die Schnelligkeit der Armee sind so wunderbare Erfolge erzielt worden. Die Bahn ist uns vorgezeichnet. Der Adler Preußens ist geflogen vom Fels zum Meer; an uns ist es zu entscheiden, ob der Adler künftig fliegen soll vom Meer zum Fels als ruhiger Friedensschirmer; von Ihrem Votum ist es abhängig, ob er in Zukunft nicht tragen soll das Eroberungsschwert, sondern das Schutzschwert. M. H.! Warum sind Sie denn so sehr besorgt? Sie fürchten, daß durch die Bundesverfassung der Absolutismus eingeführt werde. (Ruf: Er ist schon da.) Die Geschichte der letzten Zeit giebt Ihnen doch keine Veranlassung dazu. (Gelächter.)

Abg. v. Bennigsen: Den Vorwurf des Vorredners, daß wir durch das Amendement dem Zustandekommen des Verfassungswerkes ein Hinderniß bereiten wollten, lehne ich mit größter Entschiedenheit ab. Ich glaube, wir hätten es bis jetzt gezeigt, daß wir den ernsten Willen haben, mitzuwirken, und ich bestreite es durchaus, daß der gestellte Antrag im Widerspruch damit steht. Wenn der Vorredner uns aber anempfiehlt, den Entwurf en bloc anzunehmen, so begreife ich wirklich nicht, wie er dem Reichstage eine solche Zumuthung machen kann; ich begreife es um so weniger nach den entgegenkommenden Erklärungen des Präsidenten der Bundeskommissarien, wonach die Regierungen bereit sind, beim Budgetrecht 2c. Konzessionen zu machen. — Mein Antrag hat durchaus nicht die Intention, die Bundesfürsten zu mediatisiren oder ihre Rechte einzuschränken; ich stelle mich durchaus auf den Boden der Vorlage; das Präsidium soll nicht mehr Befugnisse erhalten, als ihm in der Vorlage zuerkannt sind. Wir wollen nur über die Art und Weise, wie diese Befugnisse ausgeübt werden, etwas mehr Klarheit in den Entwurf bringen. Die einzelnen Beamten, welche die Befugnisse ausüben, sollen gegenzeichnen and die Verantwortung übernehmen; und diese Beamten sind nicht, wie Hr. v. Vincke meint, bloße Büreaubeamte, sondern die Verwaltungschefs der einzelnen Zweige. Für die Präsidialmacht wird durch die Annahme meines Amendements kein Hinderniß bereitet. Die preußische Regierung hat vollständig freie Hand, zu Verwaltungs-Chefs zu ernennen Minister, oder höhere Beamte, oder Mitglieder des Bundesraths; darüber wird ihr keine Vorschrift gemacht. Auch der Antheil, den die kleinen Staaten an der Exekutive nach der Verfassung noch haben, wird in keiner Weise beschränkt. Ich bitte deshalb um die Annahme meines Antrages.

Präsident der Bundeskommissarien Graf v. Bismarck: Meine Herren! ich wende mich vorzugsweise an Diejenigen unter uns, die, wie der Herr Vorredner, den ernsten Willen haben, auf der Basis der Vorlage etwas zu Stande zu bringen. Daß es deren unter uns giebt, die das nicht wollen, haben wir von der Tribune gehört: ich verletze dadurch Niemand. Die erstgenannten Herren möchte ich aber doch bitten, mir eine Aufklärung zu geben über die Motive, ich möchte sagen ihres formalen Verhaltens. Anträge, die Sie stellen im Interesse der Erweiterung einer unitarischen Herrschaft, der Erweiterung des präsidialen Einflusses der preußischen Monarchie, können doch nur zwei Voraussetzungen zum Grunde haben. Entweder sind Sie der Meinung, daß wir — ich spreche hier von der preußischen Regierung — nicht in der Lage oder nicht fähig gewesen sind, das richtige Maß dessen, was wir erstreben können, erstreben dürfen, erreichen können, zu beurtheilen und, daß Sie besser in der Lage sind, dies zu beurtheilen, und hoffen, uns darüber zu belehren. Ich kann diese Auffassung mit dem Vertrauen, was von so vielen verschiedenen Seiten auf die richtige Leitung der preußischen Angelegenheiten bisher ausgesprochen worden ist, nicht in Einklang bringen. Wir haben in sehr ernsten Zeiten, unter sehr schwierigen Verhältnissen, unter gefahrvollen Kämpfen diese Sache so weit geführt, bis zu einem Punkte, dem Sie Ihre volle Anerkennung gezollt haben. Nun spricht aus diesen Amendements aber doch die Ueberzeugung, wir hätten das entweder nicht erstrebt oder erreicht, was wir zur besseren Konsolidirung hätten erstreben oder erreichen können, oder es ist etwas Anderes. Meine Herren! Sie halten uns für schüchterne, verlegene Leute, (Heiterkeit) die ermuthigt werden müssen, denen man eine douce violence anthun müsse, damit sie sich entschließen, das zu fordern, was sie im Grunde ihres Herzens eigentlich selbst wünschen. Ich kann Ihnen auf das bestimmteste erklären, daß dem nicht so ist. Wir haben uns die Grenze unserer Ansprüche an die Opfer, die von den übrigen Regierungen zu bringen wären, dahin gestellt, wo ich sie schon öfter bezeichnet habe, in dem was uns unentbehrlich schien zur Führung eines nationalen Gemeinwesens. Dies glauben wir erreicht zu haben, wir glauben, daß die Mittel dazu ausreichen. Der Herr Vorredner hat uns nun gesagt, daß sein Amendement die Befugnisse der mit Preußen verbündeten Regierungen nicht beeinträchtige und nicht beeinträchtigen könne. Zuerst muß ich zu erwägen geben, daß darüber diese Regierungen selbst die besten Richter sind, zweitens, daß man ihnen, wenn sie eine Beinträchtigung darin finden, nicht überzeugend widersprechen kann. Sie schaffen eine den Ministerien und höchsten Regierungen der einzelnen Bundesländer vorgesetzte Spitze und Behörde außerhalb des Bundesrathes.

Innerhalb des Bundesraths findet die Souveränetät einer jeden Regierung ihren unbestrittenen Ausdruck. Dort hat jede ihren Antheil an der Ernennung des gewissermaßen gemeinschaftlichen Ministeriums, welches, neben anderen Funktionen, auch den Bundesrath bildet. Dieses Gefühl der unverletzten Souveränetat, welches dort seine Anerkennung findet, kann nicht mehr bestehen neben einer kontrasignirenden Bundesbehörde, die außerhalb des Bundesraths aus preußischen oder anderen Beamten ernannt wird und es ist und bleibt eine capitis deminutio für die höchsten Behörden der übrigen Regierungen, wenn sie sich als Organe, gehorsamleistende Organe einer vom Präsidium außerhalb des Bundesrathes ernannten höchsten Behörde in Zukunft ansehen sollten. Glauben Sie nicht, daß wir die Frage nicht erwogen haben, ob die übrigen Regierungen diesen Anflug von einer Verminderung ihrer Souveränetät auf sich nehmen wollen! Wir haben über die Frage, ob die Ministerien der Einzelstaaten, namentlich die Kriegs- und Finanz-Ministerien u. s. w. bleiben würden, Wochenlang verhandelt. Unsere Arbeit ist keine leichte gewesen und Sie können leicht ermessen, mit welchem Eindruck wir nach unseren schweren und erschöpfenden Arbeiten hier Amendements hören, die von Allem, was wir gethan und geleistet haben, abstrahiren, von dem in der Geschichte unerhörten Fall, daß die Regierungen von 30 Millionen Deutschen sich nicht blos dem Wortlaute nach, wie bei der alten Bundesakte, sondern auch dem Geiste nach über einen solchen Entwurf geeinigt haben, keine Notiz nehmen. Ich möchte Sie doch bitten, den Einfluß der Regierungen, die Nothwendigkeit ihrer Mitwirkung beim Zustandekommen des Werkes, nicht zu unterschätzen. Wir kommen sonst auf denselben Weg, den wir in den Jahren 1848—1850 gewandelt sind. Damals waren die Regierungen minder stark und hatten geringeres Selbstgefühl als heute. Trotzdem ist es damals nicht gelungen, den wohlwollendsten und vielleicht theoretisch richtigsten Gedanken für nationale Einigung Anerkennung zu schaffen, weil das Einverständniß der Regierung fehlte. Wenn es sich nur darum handelt, Amendements zu stellen, so könnte ich selbst deren fünfzig einbringen. Sie haben nur den Fehler, daß sie früher bereits abgeworfen sind oder von Hause aus keine Aussicht auf Annahme haben, oder daß sie nicht verstanden werden und die preußischen Bestrebungen verdächtigen könnten. Deshalb behalte ich sie für mich, weil mir mehr am Zustandekommen des Ganzen als am Durchsetzen einer persönlichen Meinung liegt. (Bravo!)

Wenn ich Sie gebeten habe, die Nothwendigkeit des Zusammengehens mit den Regierungen nicht zu unterschätzen, so bin ich zu der Ueberzeugung, daß dies bisher der Fall ist, sehr wohl berechtigt. Es sind bisher gegen 90 Amendements gestellt und ich kann hier versichern, daß bisher und zwar zum ersten Male vorgestern ein einziger der Herren Amendementsteller, einer von der konservativen Seite, es der Mühe werth hielt, vorher, ehe er sein Amendement einbrachte, an mich die beiläufige Frage zu richten, wie denn die Regierung sich zu diesem Amendement stellen würde. Die übrigen Amendements sind in vollständiger und freiwilliger Unbekanntschaft mit dem, was die Regierungen gewünscht, erstrebt und verhandelt haben, gestellt worden und ich kann in Bezug auf das vorliegende, dessen Tendenz uns vollständig klar ist, und welches ich von Neuem seit gestern Gelegenheit gehabt habe, mit den anwesenden Bundeskommissarien zu besprechen, die Versicherung im Namen sämmtlicher Regierungen wiederholen, daß dieses Amendement für sie vollständig unannehmbar ist und es das ernsteste Hinderniß für das Zustandekommen der Verfassung bilden würde, wenn das Amendement angenommen würde und bliebe.

Abg. Graf Bethusy-Huc: Ich habe das Wort genommen, um mich gegen beide Amendements zu erklären. Bei dem Antrage v. Bennigsen sage ich mir, daß die Vorstände der einzelnen Verwaltungszweige dem Bundeskanzler entweder direkt untergeordnet sein können, oder nicht. Sind sie das Erstere, dann heißt das kaum etwas Anderes, als die Einführung eines Reichsministeriums, wodurch die Souveränetät der anderen Staaten mehr oder weniger beschränkt wird. Dies mag auch in der That der eigentliche Grundgedanke des Antrages sein, aber ich halte zur Zeit ein Weitergehen nach dieser Richtung für unthunlich. Ich habe meinerseits von vielen Wünschen Abstand genommen, weil ich kein specifischer Preuße bin, sondern ein preußischer und deutscher Patriot. Auch die anderen Parteien müssen von ihren Wünschen und Hoffnungen etwas opfern. Adoptiren Sie den preußischen, oder wenn Sie lieber wollen, hohenzollernschen Grundsatz, daß man nur das Erreichbare wünschen solle. Dieser Grundsatz bringt den Vortheil eines wirklich intensiven Handelns. Ich ermahne und bitte Sie, die That über die Reflexion den Sieg davon tragen zu lassen und kann nur auf das verweisen, daß für das Drängen nach deutscher Einheit, wenn das gegenwärtige Verfassungswerk scheitern sollte, dann nur noch zwei Wege offen bleiben, der des Absolutismus, oder der der Revolution.

Abg. Dr. Waldeck: M. H.! Sie haben die Erklärungen des Herrn Präsidenten der Bundeskommissare gehört, ich muß aber gestehen, daß ich seine Ansichten über die Natur der Verantwortlichkeit, die in dem Amendement v. Bennigsen ausgesprochen ist, nicht zu theilen vermag. Der Kern dieses Antrages ist die Verantwortlichkeit der einzelnen Verwaltungszweige. Wir haben in der Verfassung nicht genaue Bestimmungen darüber, in welcher Art die Bundesregierung geführt werden soll; deshalb ist der Antrag v. Bennigsen nothwendig. An dieser Verantwortlichkeit zeigt sich aber, ob ein Staat konstitutionell oder absolut regiert wird, hier liegt auch die Grenzscheide zwischen dem europäischen Absolutismus und dem asiatischen Regierungssystem. In Asien kann der Beamte machen, was er will, in der europäischen absoluten Monarchie ist dies nie der Fall. Schon der Abg. v. Wächter hat hervorgehoben, daß die Ministerverantwortlichkeit nicht neu ist, ihre konstitutionelle muß als der größte Sieg bezeichnet worden, den die Civilisation errungen hat. Daß diese Verantwortlichkeit verfassungsmäßig gemacht worden ist, das ist ein kostbares Gut, dessen Bewahrung die Dauerbarkeit der konstitutionellen Staaten allein bestimmt. Unser Entwurf, dessen en bloc-Annahme uns Herr v. Blanckenburg so warm empfiehlt, muthet uns nun zu, in den allerwichtigsten Angelegenheiten dieses kostbare Gut von uns zu werfen, und nicht das europäische, sondern asiatische Regierungssystem anzunehmen. (Heiterkeit rechts.) Lachen Sie darüber, m. H., ich will Ihnen noch mehr sagen, daß nämlich, wenn die Verantwortlichkeit nicht in den Verfassungs-Entwurf aufgenommen wird, nichts bleibt als ein römisches Imperatorenthum. Jener Bundesfeldherr, der ohne Ministerverantwortlichkeit das ganze Heerwesen besetzt, ist der römische Imperator. Das ist es, worauf es ankommt, das ist es, welches das gestrige Votum der 125 gegen 125 Stimmen so bedeutsam gemacht hat, indem es darlegt, daß Europa doch noch mehr auf das preußische Volk zu rechnen hat, als man in letzter Zeit meinen zu dürfen glaubte. Jene 125 wollten aussprechen, daß nicht der König von Preußen als solcher, nicht der Bundesfeldherr, nicht der asiatische oder römische Imperator, sondern der verfassungsmäßige König von Preußen an der Spitze des Bundes stehen soll.

Meine Herren, gerade in der Verantwortlichkeit, die der Kompetenz des Bundes entgegen ist, wie Heerwesen und Marine, liegt die ganze Schwere der Verantwortlichkeit. Will die rechte Seite dieses Hauses der Verantwortlichkeit nicht zustimmen, dann könnte es leicht kommen, daß sie dem Könige den Bundeskanzler nimmt und, wie gestern, die ganze Angelegenheit in die Luft stellt; doch das ist ihre Sache. Wenn aber gesagt wird, daß wir durch Annahme des Antrages v. Bennigsen den deutschen Fürsten Nachtheile zufügen, dann möchte ich doch entgegnen, daß wir diesen Fürsten unmöglich mehr nehmen können, als sie selbst aufgegeben haben. Wenn sie ihre Militärhoheit in die Hände der Krone Preußen legen, dann können sie unmöglich Interesse an den anderen unerheblichen Dingen nehmen, und wenn sie ihr wahres Interesse zu Rathe ziehen, so liegt es darin, daß verfassungsmäßig und nicht nach Willkür verwaltet werde, daß die Spitze des Bundes eine konstitutonelle. Das Wichtigste ist und bleibt also das, daß diejenigen Chefs, denen der König die Geschäfte der Bundesverwaltung überträgt, dem Bunde verantwortlich sind. Der Abg. v. Blanckenburg empfiehlt uns die Enbloc-Annahme der Verfassung, wegen der glorreichen Kriege des vergangenen Jahres. Nun, meine Herren, diese Siege haben doch an den ewigen Principien des Rechts auch nicht ein Jota geändert. Man darf dem gegenüber wohl daran erinnern, daß der preußische Geist gerade an den Niederlagen zu Anfang des Jahrhunderts sich gekräftigt hat, daß aus ihnen die Nothwendigkeit erwuchs, ein verfassungsmäßiges Leben zu begründen und daß durch den späteren Aufschwung das Volk in Waffen sein Recht auf seine Konstitution sich erkämpft hat.

Abg. v. Thielau: Meine Herren! Ich habe die Absicht, mich gegen das Amendement des Herrn v. Bennigsen zu erklären, da es, wenn nicht ein anderer Zweck dahinter liegt, mir komplett unverständlich sein würde. Der Bundeskanzler ist blos der Delegirte der preußischen Regierung. Wenn ich mich in deren Stelle versetze, dann würde ich mir sagen, daß ein Bundeskanzler, der nicht der Chef der Verwaltung der ganzen preußischen Monarchie wäre, dieses Amt gar nicht übernehmen könnte. Alle Verhältnisse, in denen seine Stellung von Belang ist, greifen mehr in die preußischen Ressorts ein, als in die der kleinen Staaten. Glauben Sie denn, daß der preußische Kriegsminister es sich gefallen lassen könnte, wenn der Bundeskanzler in die Militäreinrichtungen Preußens eingriffe, oder der Handelsminister, wenn der Bundeskanzler dies im Ressort für Handel und Gewerbe versuchen möchte. Ich zweifle daran; wenn Sie den verantwortlichen Bundeskanzler einführen, heben Sie das ganze preußische Ministerium aus den Angeln. Ich bin kein Feind der Verantwortlichkeit, aber Ihre verantwortlichen Chefs von Verwaltungszweigen innerhalb der Kompetenz des Bundes-Präsidiums verstehe ich nicht. Es ist, wenn überhaupt eine Verantwortlichkeit stattfinden soll, nur die des Chefs des königlich preußischen Ministeriums, oder die des preußischen Staatsministeriums möglich. Deshalb ist das Amendement nicht aufrecht zu erhalten. Thun Sie es dennoch

dann streben Sie etwas Anderes an, als was Sie öffentlich eingestehen, nämlich den Einheitsstaat und wollen Sie das, dann sagen Sie es uns offen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. **Lasker**: Meine Herren! Wenn Sie jetzt den Schluß der Debatte ausgesprochen hätten, so würden Sie dieselbe genau an der Stelle abgeschnitten haben, wo sie erst anfängt wichtig zu werden. Nach dem Bilde, welches sich der Herr Vorredner von der Verfassung gemacht hat. muß ich es in der That als wünschenswerth bezeichnen, daß der Herr Präsident der Bundeskommissarien Gelegenheit nehme, sich darüber auszusprechen, ob wir nach Annahme des Verfassungsentwurfs in dem königl. preußischen Kriegsminister noch den verantwortlichen Minister für Alles, was im preußischen Heerwesen geschieht, zu sehen haben, ob der preußische Finanzminister für jede Last, welche einem preußischen Staatsminister auferlegt wird, verantwortlich bleibt, oder ob in der Bundesgesetzgebung auch solche Anordnungen getroffen werden können, für welche diese Minister die Verantwortlichkeit nicht übernehmen. Ich habe bisher das Entgegengesetzte geglaubt und angenommen, daß die Bundesgesetzgebung im Militär- und Marinewesen auch für die preußischen Lande maßgebend sein würde. Wäre das nicht der Fall, dann würde allerdings die Frage der Verantwortlichkeit für Preußen geregelt sein, aber dann würde sie auch für alle kleinen Regierungen zutreffen, und einen etwaigen Widerstand gegen die Einführung der Bundesgesetzgebung ermuthigen. Das mag für Hrn. v. Thielau ganz befriedigend sein, nicht aber für die preußische Regierung und für uns. Hrn. v. Blanckenburg möchte ich auf seine Empfehlung der en bloc-Annahme des Verfassungsentwurf bemerken, daß ich in dem Augenblicke, wo ich die Ueberzeugung von der Unverträglichkeit meines Antrages mit den Grundzügen der Bundesfassung hätte, denselben sofort zurückziehen würde und ein Gleiches würde wohl auch Herr v. Bennigsen thun. Wir scheinen von den Absichten der Regierung nicht genau unterrichtet gewesen zu sein, wenigstens ist das, was ich jetzt gehört habe, ganz geeignet, nach und nach meine früheren Vorstellungen von dem Verfassungsentwurfe über den Haufen zu werfen. Der Präsident der Bundeskommissarien sagt uns, daß die ganze Verwaltung im Bundesrathe liege, und erklärt den Antrag Bennigsen, für die einzelnen Verwaltungszweige innerhalb der Kompetenz des Bundespräsidiums Vorstände zu ernennen, für unannehmbar, da die Verwaltung eben im Bundesrathe, nicht im Bundespräsidium liege. Das stimmt meiner Ansicht nach weder mit den Worten, noch mit dem Geiste der Verfassung. Ich wünsche also eine positive Erklärung über diese Punkte. Ist es richtig, daß die Gewalt lediglich im Bundesrathe liegt und nicht auch im Bundespräsidium, dann scheinen mir allerdings unsere Anträge nicht zweckentsprechend, andererseits sind sie unbedingt zulässig. Was den Einheitsstaat anbetrifft, dem wir angeblich zutreiben sollen, so erkläre ich, daß ich Tendenzen, welche über den Bundesstaat hinausstreben, zurückweise.

Präsident der Bundeskommissarien Graf v. **Bismarck**: Der größte Theil der Aeußerungen des Herrn Vorredners bestätigt nur die Richtigkeit dessen, was ich vorher über das Bedürfniß sagte, daß diejenigen Herren, die etwas zu Stande bringen wollen, uns Amendements nicht stellen, um aufzuhalten, oder um gewissermaßen nach einem vulgären Ausdruck die Suppe zu versalzen, daß die Herren, die etwas zu Stande bringen wollen, bevor sie einschneidende, bedeutsame Amendements stellen, doch bei irgend einem der Kommissarien sich erkundigten, wie die Stellung der Regierungen dazu ist. Wir würden dann eine Menge von Mißverständnissen und unter Umständen auch von mißverständlichen Abstimmungen vermeiden. Ich kann dem Herrn Vorredner nur versichern, daß ich in dem einen Theile, den er von der Rede des Herrn v. Thielau reproducirt hat, wesentlich mit Herrn v. Thielau einverstanden bin. Der ganzen Rede bin ich, weil ich ein augenblicklich dringendes Geschäft schriftlich zu besorgen hatte, nicht im Stande gewesen zu folgen, aber darin bin ich mit derselben einverstanden, daß die Verantwortlichkeit der preußischen Ministerien genau dieselbe bleibt, wie vorher. Ich glaube auch mich gestern in meiner letzten oder vorletzten Aeußerung eben dahin ausgesprochen zu haben, indem ich sagte, ich müßte als preußischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten darauf bestehen, daß ich entweder selbst der Bundeskanzler bin, oder daß die Instruktion des Bundeskanzlers ausschließlich von mir abhängt. Wenn ich nun diese ausschließliche Berechtigung in dem Sinn mißbrauchen wollte, daß meine gleich mir verantwortlichen und auf die Verfassung vereidigten preußischen Kollegen mir sagten: „dir können wir nicht folgen", dann würde ich, da es unmöglich ist, daß ich demselben König und Herrn, der mich als preußischen Minister ernannt, in meiner Eigenschaft als Instruktor des Bundeskanzlers oder als Bundeskanzler, den Gehorsam aufkündigte, ich würde mich entweder der Majorität meiner Kollegen im preußischen Ministerium zu fügen haben bei meinen Instruktionen an den Bundeskanzler, oder ich würde nach andern Kollegen suchen müssen, die die Verantwortlichkeit für das Verhalten des Bundeskanzlers mit übernehmen.

Daß in wichtigen Angelegenheiten z. B. bei neuen Gesetzen die preußische Stimme im Bundesrathe abgegeben würde, ohne die übrigen in Preußen verantwortlichen Ressortchefs zu fragen, ist nicht denkbar; ja die letzteren würden, wenn nicht direkt, doch jedenfalls durch ihre Untergebene, wie ich das gestern schon angedeutet, durch höhere Beamte ihres Ressorts im Bundesrathe vertreten sein und würden auf die Formulirung des preußischen Votums durch diese ihre Organe ihren Einfluß üben können. Nur könnte ich mir als auswärtiger Minister nicht gefallen lassen, daß um diese mit dem Bundeskanzler zusammensitzenden Vertreter der übrigen Ressortchefs oder — auf diesen Unterschied kommt es mir nicht an — außerhalb des Bundesraths sich befindenden Vertreter der Ressortchefs, auch mit dem Rechte einer verantwortlichen Kontrasignatur ausgestattet würden und dem Bundeskanzler sagen könnten: diesem Votum stimmen wir nicht bei, denn es ist mit unserer persönlichen Verantwortlichkeit nicht verträglich. Die Austragung dieses Streites über solche Fragen muß innerhalb des preußischen Ministeriums, wie es jetzt da ist, und muß außerhalb der Enceinte des Bundesraths stattfinden. Daß daraus folge, daß in Preußen oder in jedem andern Bundesstaate die gesetzliche Gültgkeit der Bundesgesetze noch einer besonderen Zustimmung bedürfe, das kann ich nicht zugeben, sie würden nach der Art, wie sie im Bundesrath zu Stande kommen, getragen sein von der Verantwortung, die das preußische Ministerium dem preußischen Lande gegenüber hat, denn es ist wie gesagt, undenkbar, daß das Verhalten des Bundeskanzlers dauernd und in wichtigen Fragen des Einverständnisses des preußischen Ministeriums entbehren könnte. Dies wäre nur denkbar in dem Falle, daß Preußen in der Minorität geblieben wäre, daß Preußen in dieser Minorität des Bundesrathes sich befindend, auch vor dem Reichstag seine Ansicht vergebens vertheidigt hätte und auch im Reichtag in der Minorität geblieben wäre, dann tritt allerdings möglicherweise ein Bundesgesetz in Kraft, für welches das preußische Ministerium nicht geneigt gewesen ist, die Verantwortung zu übernehmen, gegen welches es deshalb votirt hat; es würde aber dann von dieser Verantwortung gewissermaßen losgesprochen sein durch die preußischen Reichstags-Abgeordneten, die ihrerseits die Majorität für das Gesetz hergestellt hätten, trotz des Widerspruchs der preußischen Regierung, jedenfalls aber bliebe dann dem preußischen Ministerium übrig, wenn es sich nicht fügen will, durch das Präsidium eine Auflösung des Reichstages zu extrahiren. Ich glaube, das ist ein ganz regelmäßiges Spiel konstitutioneller Einrichtungen und die Verantwortlichkeit für irgend etwas, was innerhalb des Bundes zu geschehen hat, wird gegen das, was jetzt davon vorhanden ist, in keiner Weise vermindert.

Dasselbe Raisonnement läßt sich auf die Ministerien der übrigen Bundesstaaten anwenden, nur mit dem Unterschied, daß sie nicht dieselbe erhebliche Stimmenzahl, dieselbe Majorität von engeren Landsleuten in den Reichstag haben, die ihnen die Chancen giebt, grade ihre Meinung durchzubrigen. Dadurch aber haben die verbündeten Regierungen meines Erachtens schon diejenigen Opfer gebracht, welche man rechtmäßigerweise von ihnen fordern darf, weil ein größeres für den zu erreichenden Zweck nicht nothwendig ist. Ich glaube, ich habe das Bedenken schon widerlegt, daß keine Verwaltung des Bundespräsidiums stattfinden würde; meine Bedenken liegen nicht in d e r Richtung. Sie richten sich dagegen, daß ich es nicht – doch ist das eins der untergeordneten Bedenken — acceptiren kann, die Zahl derjenigen Kollegen — denn solche würden es für mich werden — mit denen ich die Verantwortung zu theilen hätte, zu vermehren und dadurch die Arbeit zu vermehren, die in der That nicht klein ist, wenn es sich handelt zwischen 8 Ministern, die ehrlich an ihrer Ueberzeugung hängen, eine Uebereinstimmung herzustellen. Sollte ich noch mit anderen zur Kontrasignatur berechtigten Beamten eines anderen Ministeriums die Verantwortung theilen, so würde mir das zu viel. Der Herr Vorredner hat ferner mir zwar schmeichelhaftes Vertrauen für die auswärtige Politik, aber gemäßigtes Mißtrauen in Bezug auf meine Vorliebe für die Entwickelung der Volksfreiheit ausgesprochen. Er thut mir, glaube ich, in letzter Beziehung Unrecht. Ich habe niemals in meinem Leben gesagt, daß ich der Volksfreiheit mich feindlich entgegenstellte, sondern nur gesagt und natürlich unter der Voraussetzung „rebus sic stantibus": meine Interessen an den auswärtigen Angelegenheiten sind nicht nur stärkere, sondern zur Zeit allein maßgebende und fortreißende, so daß ich, so viel ich kann, jedes Hinderniß durchbreche, welches mir im Wege steht, um zu dem Zwecke zu gelangen, welches, wie ich glaube, zum Wohle des Vaterlandes erreicht werden muß. Das schließt nicht aus, daß auch ich die Ueberzeugung des Herrn Vorredners theile, daß den höchsten Grad von Freiheit des Volkes, des Individuums, der mit der Sicherheit und gemeinsamen Wohlfahrt des Staates verträglich ist, jederzeit zu erstreben, die Pflicht jeder ehrlichen Regierung ist. (Bravo.)

Abg. Ellissen will vom Platze sprechen; Ruf: Tribüne! — Präsident Dr. **Simson**: Wenn der Herr Abgeordnete nicht von Allen vernommen werden will, ist das seine Sache. — Abg. **Ellissen**: Ich werde mich schon vernehmlich machen, wenn blos Ruhe im Hause ist. M. H., die Rede des Präsidenten der Bundes-Kommissäre mag beruhigt haben, wen sie wolle, mich nicht. (Ruf von den konservativen Bänken: lauter! lauter!) . . Der Abg. v. Blanckenburg . . . (Neue Unterbrechung: lauter! lauter!) — Präsident Dr. **Simson**: Sollte der Redner nicht doch die Tribüne vorziehen? — Abg. **Ellissen** besteigt die Tribüne: Ich wollte blos wenig sprechen. Da ich aber gezwungen werde, die Tribüne zu besteigen, so brauche ich nicht um Nachsicht zu bitten, wenn meine Worte des erhabenen Platzes, von dem ich spreche, nicht ganz würdig sein sollten. M. H.! Man hat gesagt, daß die Amendements das Zustandekommen des Verfassungswerks erschweren und uns Annahme en bloc gerathen. Das klingt recht plausibel und patriotisch, aber wir haben uns zu sagen, daß wir das beschließen müssen, was dem Volke wünschenswerth ist und wir dürfen uns nicht verhehlen, daß wir einem Ministerium gegenüberstehen, welches für das wahre konstitutionelle System nie rechte Begeisterung gezeigt und blos dann Zugeständnisse gemacht hat, wenn es nothgedrungen nicht anders konnte. Von diesem Ministerium war also ein liberaler Entwurf nicht zu erwarten und wunderbar war nur das, daß es Leute gab, welche ihm einen solchen zugetraut haben. Jedenfalls wollte aber auch die Regierung unsere Ansicht hören und sind wir dazu da, zu sagen, was das Volk bei einer Neugestaltung Deutschlands für wünschenswerth hält. Wenn gesagt wird, daß die preußische Regierung gegen die Kleinstaaten solche Wünsche nicht durchsetzen kann, so sollte man meinen, daß ihre Position immerhin durch diese unsere Zustimmung gestärkt wird. Aus all' diesen Gründen empfehle ich das Amendement Bennigsen. (Auf den Bänken der Konservativen herrscht eine solche Unruhe, daß Redner schließlich ganz unverständlich wird.) Der Präsident wendet sich schließlich an ihn mit einigen Worten, die aber gleichfalls nicht verständlich werden.

Es geht ein Antrag auf Schluß der Debatte ein, desgleichen ein Antrag auf namentliche Abstimmung über das Amendement Bennigsen und den Antrag Bethusy-Huc.

Abg. **Lasker** (zur Geschäfts-Ordnung): Für mich ist die Erklärung des Herrn Präsidenten der Bundes-Kommissare von so großer Wichtigkeit und scheint mir dieselbe für die Bedeutung des Verfassungs-Entwurfs überhaupt so erheblich, daß ich in der Ueberzeugung die Ansicht Vieler zu theilen, proponire, die Verhandlung über diesen Artikel bis morgen zu vertagen.

Präsident Dr **Simson**: Ich werde nach dem Schlußantrag darüber abstimmen lassen.

Der Antrag auf **Schluß** wird **abgelehnt**, der Antrag **Lasker** desgleichen.

Abg. **Schulze** (Berlin): Die Deduktion der Abg. v. Thielau und Gneist ist mir vollständig unbegreiflich, wenn sie sagen, man solle die Verantwortlichkeit nicht da suchen, wo sie nicht zu finden ist und daraus einen Grund entnehmen, die Verantwortlichkeit gar nicht zu konstituiren. — Der Herr Ministerpräsident erklärt, daß die Regierungen nicht in der Lage seien, uns weitere Konzessionen zu machen. Man kann ihm nun wohl zutrauen, daß er Alles gethan hat, um den Regierungen gegenüber alles von seinem Standpunkte aus Wünschenswerthe und Erreichbare durchzusetzen; ob das auch für die Verantwortlichkeit gilt, darüber kann man in Zweifel sein. Aber wenn es wirklich wahr ist, daß das, was wir verlangen, den Bemühungen des Herrn Ministerpräsidenten durchzusetzen nicht gelungen ist, wo steht denn das geschrieben, daß wir aus diesem Grunde von unserer Forderung abstehen müßten? Soll denn das Gewicht dieses Reichstages so gar nicht in die Wagschale fallen? Ich meine doch, Sie werden Ihr Votum selbst so gering anzuschlagen am wenigsten geneigt sein. Die Regierungen haben sich dahin geeinigt, ihrerseits keine neuen Anträge zu stellen, aber so weit konnten sie doch in ihrer Vereinbarung nicht gehen, sich auch allen Veränderungen des Reichstages gegenüber durchaus ablehneud zu verhalten. Einen solchen Vertrag abschließen, wenn man den Reichstag einberief, dazu war man in keiner Weise in der Lage. Was heißt denn Vereinbarungsprincip? Kann man uns sagen: Ihr seid hierher berufen, um den Entwurf en bloc anzunehmen; Ihr habt Ja zu sagen und dann nach Hause zu gehen? Solche Stellung gebührt dem Reichstage nicht. Ich will auch das Zustandekommen der Verfassung; aber hierhergekommen bin ich wenigstens und meine Freunde nicht, um mitzuwirken, daß um jeden Preis irgend Etwas, gleichviel was, gleichviel ob noch so Verderbliches, gleichviel ob der geschichtlichen Entwickelung unseres Volkes noch so Widerstreitendes zu Stande kommt (Bravo). Dahin, meine Herren, mitzuwirken, daß so Etwas zu Stande kommt, dafür wüssen wir uns allerdings bedanken. (Bravo!) Dazu sind wir nicht hergesandt von unseren Wählern.

Abg. **Miquel**: Es ist mir, als mir der Entwurf zuerst zu Gesicht kam, nicht ganz leicht geworden, denselben nach seinen Tendenzen und seinem Inhalt zu beurtheilen. Nach der heutigen Erklärung aber des Herrn Präsidenten der Bundeskommissare bin ich nun vollständig dazu außer Stande. (Ruf: Sehr richtig!) Deswegen ist es wohl wichtig genug, um noch einige Zeit bei der Sache zu verweilen. Mir scheint die Erklärung, die wir heute gehört haben, daß auch für diejenigen Gegenstände, die zur Kompetenz des Bundes gehören, die Minister der einzelnen Staaten den Volksvertretungen der einzelnen Staaten verantwortlich seien, den ganzen Bund illusorisch zu machen. Viele Angelegenheiten, die früher den einzelnen Ländern angehörten, sollen nach dem Entwurfe fortan zur Kompetenz des Bundes gehören; im Gebiete des Post-, des Telegraphen-, des Kriegswesens u. s. w. kann es daher fortan nur Bundesbeamte geben. Diese Bundesbeamte sollen noch irgendwie von der preußischen Volksvertretung oder sonst einer andern zur Verantwortung gezogen werden? Das ist ja unmöglich. Die preußischen Minister wären bei derartigen Zumuthungen Seitens des preußischen Landtages in ihrem vollen Rechte, wenn sie erklärten: „Wir stehen euch hier nicht als preußische Minister, sondern wir stehen euch als Bundesminister gegenüber." Wenn trotzdem die Theorie des Herrn Präsidenten der Bundeskommissare richtig ist, so muß das um so mehr eine Mahnung für uns sein, sämmtliche Beamte des Bundes verantwortlich zu machen. Wie sind im früheren deutschen Bunde die Verfassungen der einzelnen Staaten aus dem Wege geräumt worden? Durch das Mittel des Bundesstaates, der die Verantwortlichkeit nicht kannte. Wenn ich zweifelhaft gewesen wäre, ob der Antrag Bennigsen geboten sei oder nicht, so würde ich durch den Gang der heutigen Verhandlungen jeden solchen Zweifel verloren haben. Wir beabsichtigen ja nicht damit, die Macht der preußischen Regierung gegen die einzelnen Staaten zu stärken; dieser Vorwurf paßt nicht. Der Antrag, der hier vorliegt, hat gar keine unitarische Tendenz, das sieht man, wenn man sich einfach auf den Wortlaut des Antrages stellt. Diejenige Kompetenz, welche dem Präsidium nach dem Entwurf übertragen wird, soll gar nicht erweitert, sondern die Befugnisse des Präsidiums sollen nur durch verantwortliche Organe ausgeübt werden. Ich werde mich von meinem Standpunkte aus — und ein Gleiches thun meine Freunde — sehr scheuen, Anträge zu stellen, die von der Beschaffenheit sind, daß die Regierungen dadurch in die Lage kommen, den ganzen Entwurf auf der Basis, auf der er einmal steht, nicht durchführen zu können. Denn wir freuen uns über die Ziele, die der Entwurf sich stellt, und wir halten denselben für verbesserungswürdig. Aber wir halten ihn auch für verbesserungsbedürftig. Denn so wie er da ist, begründet er nicht nur die Einheit, sondern gefährdet zu gleicher Zeit die Freiheit. Und eine Regierung, die uns nur berufen hat, um „Ja" zu sagen, die einfach eine Enbloc-Annahme des Entwurfs will, wie das der Abg. v. Blanckenburg ausgesprochen, die will nicht ehrlichen Beirath der Vertreter des Volkes, sondern die will bloß nach Außen hin den Schein einer Volksvertretung haben. Das können und dürfen wir aber von der preußischen Regierung nicht annehmen; wir müssen im Gegentheil erwarten und fordern, daß auch den Anträgen von unserer Seite die Regierung entgegenkomme. Nur so kann die Einheit zu Stande kommen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident der Bundeskommissare Graf **Bismarck**: Ich ergreife das Wort, weil noch andere Mitglieder des Hauses meine letzten Worte durch dieselbe Brille gesehen haben können, wie Herr Miquel. Es ist mir unverständlich, wie man meinen Worten eine solche Bedeutung beilegen kann, daß ein Antrag auf Vertagung gestellt wird und der ganze Verfassungsentwurf verändert sein soll. Ich habe nur konstatirt, was auf der flachen Hand liegt, daß an der vorhandenen Errungenschaft an Ministerverantwortlichkeit nichts geändert wird, so daß eine jede Regierung für ihre Abstimmung im Bundesrathe verantwortlich bleibt. Liegt darin etwas Neues, so beweist das nur, daß wir im Dunkeln tappen. Ich habe den einzigen Ausnahmefall hervorgehoben, den ich als einen faktisch unwahrscheinlichen darstellte, wenn die preußische Regierung in der Minorität bleibt, und dafür das einzige Mittel angegeben, das in der Hand des Präsidenten liegt: die Auflösung. Ich frage: kann das etwas Neues gewesen sein? Es springt in die Augen, wenn man den Entwurf liest.

Sie wollen darüber hinaus, eine neue Verantwortlichkeit, getragen von dem Bundeskanzler und seinen Kollegen, eine neue Art verantwortlicher Organe schaffen, — und dem widerspreche ich im Namen der preußischen und der anderen Regierungen auf das Bestimmteste. Was der Herr Vorredner verlangte, ist nicht eine Ausbildung dieser Vorlage, sondern seine Auffassung, wie ich erst jetzt erkenne, widerspricht ihrem Grundprinzipe. Er ist in seinem Recht, wenn er dagegen stimmt. Wir aber haben den Block bis zum Gipfel gerollt und mit tiefem, patriotischem Schmerze würden wir ihn wieder hinabgleiten sehen. Ich weise es zurück, wenn man uns, wie der Herr Vorredner es gethan hat, die Verantwortlichkeit für das Mißlingen aufladet. Sie bestehen auf kleinlichen untergeordneten Sachen, welche die Regierung nicht für annehmbar erklärt und welche die Sache zum Scheitern bringen. Meine Herren, an Ihre Namen wird die Geschichte sich stets erinnern. (Bravo rechts.)

Abg. v. **Sybel**: Ich bin nicht der Meinung des Herrn Abg. Miquel, daß die Erklärung des Herrn Präsidenten der Bundeskommissarien, es werde die Verantwortlichkeit der Minister auch über Bundesangelegenheiten den einzelnen Staaten gegenüber fortdauern, in Widerspruch mit der ganzen Sachlage sich befinde. Ich finde im Gegentheil, daß wir diese Erklärung bestens anzunehmen haben. Diese Bundesverfassung wird jetzt ein integrirender Theil der einzelnen Landesverfassungen werden. Aber dies Verhältniß scheint mir eine Anarchie und deswegen kann ich nur für den Antrag von Bennigsen, eventuell den Antrag Lasker meine Stimme abgeben. Ich gebe sie ab mit guter, redlicher Ueberzeugung, mit vollständiger Kenntniß der Tragweite, die ein solcher Beschluß haben wird. Und wenn der Herr Ministerpräsident auf das Forum der Geschichte verwiesen hat für diejenigen, die heute in diesem Sinne ihr Votum abgeben, so habe ich dagegen nichts zu erinnern und ich acceptire gern im Voraus das Urtheil, das über die heutigen Votanten von der Nachwelt gefällt werden wird. (Bravo!)

Abg. v. **Bennigsen**: Von der Nothwendigkeit, daß das Verfassungswerk zu Stande kommen muß, sind wir Alle durchdrungen. Ich glaube aber, daß es im Stadium der Vorberathung nicht wohlgethan ist, sich schon jetzt gegenseitig die Schuld aufzubürden, für das etwaige Nichtzustandekommen der Verfassung (Bravo!).

Aber dies Bedürfniß, zu einem positiven Abschluß zu gelangen, muß eben so stark vorhanden sein bei den Männern der Regierungen und namentlich bei den Vertretern der preußischen Regierung. Ich sehe deshalb ganz von der Möglichkeit ab, daß das Werk überhaupt scheitern könne. Dabei muß ich allerdings sagen, daß, wenn diese Frage auch heute zu einem vorläufigen Abschlusse gelangt, dennoch weitere Erwägungen keineswegs dadurch abgeschnitten werden Ich glaube, der Herr Präsident der Bundes-Kommissarien hat meinen Antrag nicht richtig verstanden. Die preußische Regierung wird dadurch in keiner Weise gebunden. Sie kann uach meinem Antrage, wenn sie will, die übrigen Minister zu Chefs der einzelnen Verwaltungszweige ernennen, sie kann speciell hohe Beamte der Ministerien, Departements-Dirigenten als Bundesbeamte anstellen, und diese sollen durch Unterzeichnung der einzelnen Erlasse die Verantwortlichkeit dafür übernehmen. Ich weiß nicht, was dem entgegenstehen kann. Ich glaube daher nicht, daß die Annahme dieses Antrages wesentlich die Grundlage des Entwurfs alterirt, und bitte Sie deshalb nach wie vor, für denselben zu stimmen. (Beifall.)

Die Diskussion wird geschlossen.

Abg. v. **Thielau** wendet sich in einer persönlichen Bemerkung gegen einzelne Angriffe der Vorredner. Wenn man etwas nicht ols Verbesserung anerkenne, so liege es in der Natur der Sache, daß man auch dafür nicht stimme. Er suche ferner die Verantwortlichkeit da, wo sie zu finden sei, nicht aber da, wo sie nicht hingehöre.

Der Prasident schreitet zur Abstimmung, nachdem Abg. Lasker sein Amendement (Leitung der Geschäfte im Bundesrath) zu Gunsten der vom Abgeordneten v. Bennigsen empfohlenen „des Bundesrathes" zurückgezogen. Diese letztere Aenderung wird vom Hause abgelehnt, darauf der Antrag des Grafen Bethusy-Huc, vorläufig für sich allein, (mit dem Vorbehalt einer eventuellen Abstimmung über denselben einschließlich des v. Bennigsenschen Zusatzes) fast einstimmig angenommen, darauf der v. Bennigsensche Zusatz: („Das Präsidium ernennt ferner die Vorstände der einzelnen Verwaltungszweige, die zu seiner Kompetenz gehören) in namentlicher Abstimmung mit 140 gegen 124 Stimmen abgelehnt. (Die Abstimmnng, die mit außerordentlicher Spannung vom ganzen Hause verfolgt wird, ergiebt, daß die Fraktionen fast geschlossen stimmen. Gegen den Zusatzantrag stimmen mit der Rechten, der freien konservativen Vereinigung und den Altliberalen die Abgg. Schraps und Bebel, Graf Dyhrn, Dr. v. Gerber, Gneist und v. Rothschild, Graf Schwerin ist abwesend. Für ihn stimmen mit der Linken und der nationalen Fraktion die anwesenden Polen Kantak und Donimirski, v. Wächter, v. Gruner, Präsident Simson, Thissen, v. Malinckrodt und die ehemaligen hannöverschen Minister.

Darauf wird das Amendement **Lasker** zu Art. 16. („dem Präsidium steht es zu, für einzelne Zweige der Verwaltung besondere Kommissarien zu ernennen, welche nach Maßgabe des erhaltenen Auftrags den Bundeskanzler vertreten") abgelehnt und darauf noch einmal der Antrag des Grafen Bethusy-Huc mit sehr großer Majorität angenommen. Damit der Art. 16. erledigt, da die Fassung des Regierungsentwurfs in diesem Antrag mitenthalten ist.

Art. 17. (Das Präsidium hat die erforderlichen Vorlagen nach Maßgabe der Beschlüsse des Bundesraths an den Reichstag zu bringen, wo sie durch Mitglieder des Bundesraths oder durch besondere, von letzterem zu ernennende Kommissarien vertreten werden) wird ohne Diskussion genehmigt, nachdem der Antrag des Abg. Ausfeld, an die Stelle von „Mitglieder des Bundesraths" zu setzen „Bundesminister", einstimmig abgelehnt ist.

Zu Art. 18. „Dem Präsidium steht die Ausfertigung und Verkündigung der Bundesgesetze und die Ueberwachung der Ausführung derselben zu. Die hiernach von dem Präsidium ausgehenden Anordnungen werden im Namen des Bundes erlassen und von dem Bundeskanzler mit unterzeichnet", hat Abg. Saenger beantragt den zweiten Satz zu streichen und statt dessen nach Artikel 19 einen besonderen Artikel einzuschalten, lautend: „Die Anordnungen und Verfügungen des Bundespräsidii werden im Namen des Bundes erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Bundeskanzlers, welcher damit die Verantwortlichkeit übernimmt."

Ferner der Abg. v. **Bennigsen** den zweiten Satz des Art. 18. zu streichen und statt dessen nach Art. 19 einen besonderen Artikel einzuschalten, lautend: Die Anordnungen und Verfügungen des Bundespräsidii werden im Namen des Bundes erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Bundeskanzlers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt. Durch ein besonderes Gesetz werden die Verantwortlichkeit und das zur Geltendmachung derselben einhaltende Verfahren geregelt.

Abg. **Lasker** zieht seinen gestern mitgetheilten Antrag zu Art. 18. zurück.

Abg. v. **Saenger** warnt vor der Aufnahme von Gesetzesverheißungen n die Verfassung und würde auch auf seinen Antrag verzichten, wenn er das Verfassungswerk gefährdete. Abg. v. Bennigsen beruft sich darauf, daß der zweite Theil seines Antrages der preußischen Verfassung entnommen ist. Das erste Alinea desselben wird fast einstimmig angenommen und damit der Antrag Saenger's erledigt, das zweite wird abgelehnt und endlich der Art. 18 mit der Bennigsenschen Einschaltung fast einstimmig genehmigt.

Art. 19 (Das Präsidium ernennt die Bundesbeamten, hat dieselben für den Bund zu vereidigen und erforderlichen Falles ihre Entlassung zu verfügen) wird ohne Diskussion genehmigt.

Zu Artikel 20 (Wenn Bundesglieder ihre verfassungsmäßigen Bundespflichten nicht erfüllen, so können sie dazu im Wege der Exekution angehalten werden. Diese Exekution ist a. in Betreff militairischer Leistungen, wenn Gefahr im Verzuge, von dem Bundesfeldherrn anzuordnen und zu vollziehen, b. in allen anderen Fällen aber von dem Bundesrathe zu beschließen und von dem Bundesfeldherrn zu vollstrecken. Die Exekution kann bis zur Sequestration des betreffenden Landes und seiner Regierungsgewalt ausgedehnt werden. In den unter a. bezeichneten Fällen ist dem Bundesrathe von Anordnungen der Exekution, unter Darlegung der Beweggründe, ungesäumt Kenntniß zu geben.) — hat der Abg. **Kitz** als Schlußsatz folgende Fassung beantragt: „In den unter a. bezeichneten Fällen bedarf die Anordnung der Exekution der ungesäumt einzuholenden Genehmigung des Bundesrathes." Der Antragsteller äußert sein Erstaunen über den Widerspruch, daß so viele Liberale den Bundesrath zur Theilnahme an der Exekutive zugelassen haben und ihn doch bei einem so wichtigen Akt, wie eine Exekution ist, ausschließen wollen. Nichts liegt ihm ferner als etwa den Partikularismus durch seinen Antrag stärken zu wollen; er will nur die schützenden Formen für ein solches Procedere herstellen und verweist dafür auf die Bundesverfassungen der Schweiz und Nordamerikas. — Der Antrag **Kitz** wird abgelehnt, der Art. 20 angenommen, der entsprechende Abschnitt III. des Grooteschen Verfassungsentwurfs einstimmig abgelehnt.

Ein Vertagungsantrag ist eingebracht; zuvor muß aber die Entscheidung des Hauses über den Antrag des Abg. Michaelis getroffen werden. Er lautet: Der Reichstag wolle beschließen: den Präsidenten zu ermächtigen, zwölf Kommissarien aus der Mitte des Reichstages zu ernennen, mit dem Auftrage, unter

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mitwirkung von Vertretern der Bundesregierungen die Bestimmungen der Abschnitte VII. und VIII. des Entwurfs der Verfassung des Norddeutschen Bundes in Betreff ihrer Motive und ihrer Tragweite einer Vorprüfung zu unterwerfen und dem Reichstage in Vorberathung darüber zu berichten.

Ueber die Behandlung dieses Antrages entsteht eine lebhafte Diskussion. Der Präsident hält es für durchaus zulässig, daß das Haus sich sofort über ihn entscheide, Abg. v. Vincke empfiehlt Schlußberathung, Abg. Schulze (Berlin) verlangt die Einbringung des Antrages in geschäftsmäßiger Form. Abgeord. Twesten: die Verweisung einzelner Abschnitte des Entwurfs an eine besondere Kommission sei in jedem Stadium der Vorberathung zulässig, auch dann, wenn die betreffenden Abschnitte noch nicht unmittelbar auf der Tagesordnung stehen.

Präsident: Es handelt sich hier nicht um eine Kommission, sondern um Kommissarien.

Das Haus beschließt, sich sofort nach Vorschlag des Präsidenten über den Antrag des Abg. Michaelis schlüssig zu machen.

Abg. v. Rabenau: Der Antragsteller hat schon früher die Nothwendigkeit eines Eisenbahngesetzes für den Norddeutschen Bund in's Auge gefaßt und ich will sie nicht bestreiten. Aber sie tritt zurück vor der dringenden Nothwendigkeit, die Verfassung fertig zu machen; ein Eisenbahngesetz in die Verfassung hineinzulegen, daran können wir nicht denken. Abg. Michaelis: Da die Bestimmungen des Abschnittes VII. zur Eisenbahngesetzgebung in unmittelbarer Beziehung stehen, sogar Theile derselben enthalten, so würde eine vorgängige Prüfung der Motive und der Tragweite jener Bestimmungen die Verhandlungen dieses Hauses nicht verzögern, sondern beschleunigen. Diese den Verfassungs-Entwurf berathende Versammlung hat allerdings kein Eisenbahngesetz zu machen; wohl aber könnten Aenderungen in Abschnitt VII. nothwendig werden, wie ich selbst dergleichen wünsche, und die Materialien dazu durch die Kommissarien in fördernder, nicht die Sache verzögernder Weise beschafft werden.

Abg. v. Vincke. Trotz dieser guten Absicht wird der Erfolg doch eine Verzögerung unserer Arbeiten sein. Die Abschnitte VII. und VIII. setzen keine technische Information voraus, sondern sind nur im Lichte der verschiedenen Anschauungen über die Stellung der Bundesgewalt zum Eisenbahnwesen zu prüfen. Sollten gleichwohl solche Informationen nöthig sein, so wird der Herr Antragsteller als anerkannter Sachverständiger sie auf eigene Hand beschaffen und für das ganze Haus präpariren, ohne daß ihm 11 Gehilfen dabei zur Seite stehn. Das wirkliche Motiv des Antrages sind die von ihm in Aussicht genommenen Amendements, für die er in den Kommissarien des Hauses eine Unterstützung zu finden hofft.

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) für den Antrag: Die Verzögerung des Verfassungswerkes ist ein leeres Schreckbild, denn das Haus kann die Abschnitte immer schon berathen, auch wenn die Kommissarien noch nicht fertig sein sollten. Durch persönliches Lob ist der Antrag nicht zu entkräften. Auch der tüchtigste Volkswirth braucht Material, das ohne Enquête nicht zu beschaffen ist.

Abg. Michaelis: Ich denke keineswegs mir in den Kommissarien, die der Herr Präsident ohne Rücksicht auf mich ernennen würde, eine Unterstützung meiner Anträge zu verschaffen, glaube vielmehr das Gegentheil, da die Ernannten voraussichtlich Interessenten sein werden.

Abg. Meier (Bremen) für den Antrag: die Erfahrungen anderer Versammlungen beweisen, daß Berathungen über das Eisenbahnwesen ein mer à boire sind. Die Ernennung von Kommissarien würde uns vor einer Fluth von Amendements schützen.

Abg. v. Vincke: Der Herr Antragsteller unterschätzt wohl seine Bedeutung. Statistisches Material zu sammeln, liegt gar keine Veranlassung vor. Es gäbe da nicht blos ein mer a boire in der Versammlung, sondern auch eine Fluth aus der Kommission, die nicht auszutrinken ist. Amendements werden durch sie nicht vermieden, da doch nicht alle Mitglieder des Hauses ihren Sitzungen beiwohnen können. Wenn das Haus zur Einsetzung einer Kommission schreiten wollte, dann hätte es dazu einen viel stärkeren Anlaß bei den viel wichtigeren und intrikateren politischen Fragen, die wir erledigt haben, als bei den minder wichtigen Abschnitten von Eisenbahnwesen.

Abg. Braun: Es soll ja keine Statistik ausgearbeitet, sondern die im Handelsministerium schon vorhandene nur benutzt werden. Auch habe ich von der Kommission eine bessere Meinung, als daß sie Wasser producirt.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Michaelis abgelehnt.

Schluß $2^3/_4$ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. Tagesordnung: Schlußbericht über den Antrag Ausfeld's, die Geschäftsordnung betreffend. Vorberathung über Abschnitt V. der Verfassung. (Reichstag.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, den 28. März.

— Der Antrag der Herren R. Schmidt u. s. w. in Betreff der Anstalt zur Ausfuhr des Kloakeninhalts ist von der „Ostdeutschen Ztg.“ mißverstanden worden. Derselbe zielt keineswegs auf den Erlaß einer Verordnung, sondern auf Uebernahme der Ausfuhr durch den Magistrat auf Kosten der Stadt, ausgehend von der Voraussetzung, daß sich dieselbe mit der Abfuhr des Straßenkehrichts ohne großen Kostenaufwand verbinden lasse. Sollte es nöthig sein, so würde allenfalls die Polizei mit einer Lokalverordnung zu Hülfe kommen müssen. Wir haben nicht die Absicht, diesen Gegenstand hier weiter zur Sprache zu bringen, sondern gedenken dies an einem anderen Orte zu thun.

— Laut Bekanntmachung des Ministeriums der geistlichen und Medizinal-Angelegenheiten ist der Taxpreis eines Blutegels für die Zeit vom 1. April bis ult. September d. J. auf 2 Silbergroschen festgesetzt.„

— [Schulprüfung.] Am 25. d. Mts. fand in der Dr. Loewenberg'schen höheren Töchterschule die öffentliche Prüfung statt. Das Ergebniß der Prüfung war in allen 5 Klassen ein sehr erfreuliches. Die Art und Weise des Unterrichts, die hervortretende Ordnung und Sauberkeit und das bescheidene Benehmen der Zöglinge machten einen äußerst vortheilhaften Eindruck auf die Anwesenden. Besonders hervorgehoben zu werden verdient noch der an den Zöglingen wahrgenommene tiefe religiöse Sinn. Der Revisor der Anstalt Herr Sanitätsrath Dr. Hantke wohnte der Prüfung bei und besichtigte alsdann die zur Ansicht vorhandenen Zeichnungen, Probeschriften, Handarbeiten, Aufsatzhefte und sprach dem Dirigenten der Anstalt seine vollkommene Befriedigung aus.

— Unter den Anzeigen der zu erwartenden musikalischen Aufführungen begrüßen wir mit Freuden die des Florentiner Quartett-Vereins. Es dürfte wohl nur ein kleiner Theil des hiesigen musikalischen Publikums sein, welchem der hohe Kunstberuf dieser Institution fremd geblieben sein dürfte. Alle Kritiker sind so einstimmig über die Vollendung der Kunst, welche die Gesellschaft bietet, wie es die kritisirende Literatur wohl nur selten aufzuweisen haben wird. Die Erfolge, welche Jean Becker mit seinen Quartetts erzielt, will man noch über die Kunstleistungen der Gebrüder Müller stellen. Dies ist eine Empfehlung, der etwas zuzufügen unmöglich wird.

— [Im Anschluß an die in Nr. 72. der „Posener Zeitung“ erwähnte Petition wegen Verbindung der Schiffer- mit der Kleinen Gerberstraße.] Es liegt zwar die Absicht vor, den Bogdankafluß gänzlich zu überwölben und nur der bedeutende Kostenaufwand hat unsere städtische Behörde bis jetzt von Ausführung dieses Projektes abgehalten.

Im allgemeinen Interesse wäre es aber höchst wünschenswerth, wenn augenblicklich auch nur der kleine Theil der Bogdanka überwölbt würde, welcher zur Bildung der sogenannten „Krummen Gasse“ beiträgt. Diese wohl Vielen nicht bekannte Gasse, welche die nähere Verbindung der Kleinen Gerberstraße mit der Wronkerstraße herstellt, würde dadurch größtentheils, u. der unangenehme Anblick welchen der mit allerlei Unrath versehene Graben-Abhang, so wie ein Theil der Stallungen der Latz'schen Kranken-Anstalt dem Publikum gewährt, gänzlich beseitigt werden. Bei dem, an den Wochenmarktstagen und namentlich während des Obsthandels auf dem Magazinplatze und den dort angrenzenden Straßen herrschenden regen Verkehre, würde die durch diese Ueberwölbung erzielte Raumgewinnung dem öffentlichen Verkehre sehr zu statten kommen und die in diesem belebten Stadttheile vor dem Flusse belegenen kleinen Baracken würden wohl bald architektonisch schönen Gebäuden Platz machen müssen.

— [Ueber den Stand des Handwerks in Posen und den Posener Handwerkerverein] hielt am 25. d. Mts. Herr Stadtbaurath Stenzel im Handwerkerverein einen eben so zeitgemäßen als treffenden, klaren Vortrag, aus dem wir folgendes mittheilen. Wenn ein Fremder nach Posen kommt, so wird er freudig überrascht durch die wohlgebaute, freundliche Stadt. Aeußerlich bleibt dieser angenehme Eindruck; anders gestalten sich die innern, häuslichen Angelegenheiten, in denen sehr bald Klagen über Theuerung und schlechte Waare laut werden. Klagen über Theuerung hört man zwar auch in andern Gegenden, besonders am Rhein, aber der Unterschied ist der, daß man dort für sein Geld wirklich etwas Gutes bekommt, was hier nicht der Fall ist. Auch über das Handwerk in Posen wird von allen Fremden geklagt. Man verlangt, daß das Handwerk in Posen eben so hoch stehe als anderswo, doch auch diese Voraussetzung trifft nicht zu. Posen ist eine Stadt, die nicht vom Handwerkerstande, sondern hauptsächlich von Fremden lebt, denn der gesammte Beamtenstand, der hier verhältnißmäßig sehr groß ist, besteht fast nur aus Fremden; eben so der Handelsstand, der, wenn er hier zu Geld gekommen, dasselbe zum großen Theil anderswo verzehrt, weil er anderswo „für sein Geld billiger und besser lebt“. Der Handel ist in Posen nicht unwichtig, es ist ein Transithandel, der nach und von Rußland vermittelt, und ein Transithandel geht am Handwerker vorüber und der Handwerkerstand liegt in Posen aus dieser und andern Ursachen darnieder. Der Posener Handwerker liefert die Artikel größtentheils nicht in der Güte und so billig, wie sie in andern Städten zu bekommen sind, und wenn er nach dem Warum gefragt wird, so ist die Antwort: „Ja wir können es nicht so billig herstellen.“ Solche Ansicht hegen heißt aber sich selbst aufgeben. Die Folgen bleiben auch nicht aus. Geld und Arbeit stehen im innigen Zusammenhange, und der Käufer wendet sich dahin, wo er besser und billiger kauft; daher befriedigen viele Einwohner Posens ihre Bedürfnisse von außerhalb. Die Wohlhabenheit des Posener Handwerkerstandes, sowie die Wohlhabenheit der Stadt, leidet dadurch ganz bedeutend. Eine statistische Zusammenstellung über die Bevölkerung Posens während des Zeitraumes von 1855—1865 beweist dasselbe. Die Stadt ist in diesen 10 Jahren um 4000 Seelen, also 10 pCt. gewachsen, und zwar in je fünf Jahren um 2000 Seelen.

Die Anzahl der Handwerker Posens ist in den ersten 5 Jahren aber um 10% kleiner geworden und hat sich nur in den letzten 5 Jahren um 1% vermehrt. Die letzte Zählung 1865 ergab in der Stadt 1459 steuerzahlende Kaufleute, 449 Bäcker, Fleischer und Gastwirthe, 450 Handwerker, die für den Export arbeiten konnten, 150 Schiffer und Fuhrleute. Aus dem durchschnittlichen Steuerbetrage ist auf Wohlhabenheit der einzelnen Stände zu schließen. Die Kaufleute zahlen jährlich durchschnittlich 12 Thlr., die Fleischer, Bäcker und Gastwirthe 11 Thlr., die Handwerker dagegen kaum 6 Thlr. Gewerbesteuer. Das Handwerk steht also in Posen faktisch nicht auf der Höhe der Zeit.

Das Handwerk ist in der Gegenwart in den Kampf mit dem Kapital getreten; diesen Kampf wird es nur dann bestehen, wenn es sich auf der Höhe der Zeit erhält. Wenn der Handwerker nicht mit der Zeit fortschreitet, sondern stillsteht, so begeht er einen Selbstmord und das Rad des Fortschritts geht über ihn, wie über das Zunftwesen hinweg. Aber nur derjenige Handwerker wird mit der Zeit gehen können, der sich die Maschine dienstbar macht. Dies ist zuerst in England und am Rheine erkannt und durchgeführt. Um den Kampf mit dem Kapital bestehen zu können, wurden in England große Vereine zu gegenseitiger Unterstützung gebildet. In Deutschland entstanden die meisten Handwerkervereine um das Jahr 1860. Der Posener Handwerkerverein wurde vor 4 Jahren gegründet. Sein Statut, bei dessen Entwerfung das Statut des Berliner Handwerkervereins als Muster diente, stellt im § 1. allgemeine Bildung, tüchtige Berufskenntnisse und gute Sitten als Aufgabe und Ziel des Vereins auf, — für den Berliner Handwerkerstand, der meist schon tüchtige Spezial-Fachbildung besitzt, nicht zuviel, wohl aber für unsere Verhältnisse; unser Handwerker hat diese Spezial-Fachbildung erst zu erwerben und dazu soll ihm der Verein durch geeignete Vorträge und Lektüre zu Hülfe kommen und ihn schulweise bilden. An und für sich nützt der Vortrag wenig; das lebendige Wort regt zum Denken an und das Angeregte kann durch geeignete Lektüre vervollständigt werden. Die Vorträge müssen zunächst dem Bedürfnisse des Handwerkervereins entsprechen. Von den in den letzten 3 Jahren gehaltenen 106 Vorträgen ist der größte Theil belletristischen und ein kleiner Theil naturwissenschaftlichen und ein noch kleinerer Theil technologischen Inhalts. Der Fragekasten enthielt nur höchst selten eine technologische Frage. Ein ähnliches Resultat liefert die Benutzung der Bibliothek. Von durchschnittlich 363 Mitgliedern hat ungefähr ein Drittel die Bibliothek überhaupt benutzt; von 131 Mitgliedern hat ein jedes durschnittlich 6 Bücher gelesen, und zwar $4^1/_2$ belletristischen, die übrigen geschichtlichen, geographischen, naturwissenschaftlichen, gewerblichen Inhalts. Jedes Mitglied hat durchschnittlich alle 14 Tage etwa eine Seite gelesen. Die Journale werden fast gar nicht benutzt. Die Folgen hiervon sind, daß der Verein immer mehr sinkt. Derselbe zählte 1862 262 Mitglieder, 1863 449, 1864 465, 1865 311, 1866 330, gegenwärtig aber unter 300 Mitgliedern. Der Verein hat zwar schon 3 Weihnachtsausstellungen veranstaltet, doch waren dies keine gewerblichen, sondern kaufmännische Ausstellungen und die Artikel meist von außerhalb bezogen.

Wenn der Verein nicht zu Grunde gehen soll, so ist eine gründliche Abhülfe nothwendig. Die Vorträge zunächst müssen der Art sein, daß sie das Interesse der Mitglieder rege erhalten und diese selbst fördern. Die Themata müssen gewählt werden 1) aus dem Gebiete der Jurisprudenz: a. Prozeßwesen und Wechselrecht, b. Versicherungsrecht, c. Baurecht; 2) aus dem Gebiete der Volkswirthschaft: a. Genossenschaftswesen, b. Versicherungswesen, c. Stellung der Frauen, d. Kunst und Gewerbe; 3) aus dem Gebiete der Naturwissenschaften: a. Wasser, b. Feuer, c. Luft, d. Metalle, e. Nahrungsmittel. Außer diesen können dann Vorträge aus der Kunst, Geschichte, Geographie und Literatur gehalten werden. Es muß ferner eine Debatte hervorgerufen werden; die erst ist recht lehrreich. In der Bibliothek mögen die Handwerker eifriger die technischen Werke, nicht die belletristischen, welche den Handwerker nur verflachen, benutzen, namentlich aber die technischen Journale. Es mögen ferner Sammlungen aus dem Gebiete der Technik, Modelle ꝛc. für den Verein angeschafft, so wie Patente zum Nutzen der Gewerbe angekauft werden. Nur auf diese Weise kann der Handwerkerverein gedeihen und zum Segen der Stadt wirken.

— [Hypothekenschwindeleien] kommen glücklicherweise zwar nicht gar zu häufig vor, wenigstens nicht in der hier zu erwähnenden Weise, indessen wo sie sich einmal eingeschlichen, ist in der Regel aber auch das niederträchtigste Gaunerthum sicher im Spiele. Daß diesem Gaunerthum kein Mittel zu schlecht ist, um die Menschheit irgendwie zu prellen, kann nicht oft genug zur Sprache gebracht werden. Der wohlgemeinte §. 12. Tit. II. unserer alten Hypotheken-Ordnung (S. 23 der Ausg. von 1784) allein vermag uns vor Prellereien nicht zu schützen, es gilt daher auf seiner zu Hut sein u. bei jeder Gelegenheit zu fragen, ob der Hypotheken-Negociant, der mit seinen Netzen herumwandert, ein solides Haus ist, oder aber ein Schwindler oder Gauner. Doch statt aller Theorien lieber bald Warnungsbeispiele.

Ein gewisser Schlaukopf schwingt sich eines schönen Tages zum Besitzer eines kleinen Bauergütels auf, spricht dann fleißig immer nur von seinem Gute, Meliorationen, Musterwirthschaft, Versuchsstationen, Kälbern und Kalben, von dem herrlichen Sommerquartier und allem möglichen ähnlichen Unsinne, denn er war weder Oekonom, noch Gärtner oder Milchpächter gewesen. Auf ein mal erscheint er bei einem fernen Bekannten und trägt diesem vor, es würde ihm durch Gewährung eines Hypothekendarlehns — natürlich vollständig sicher ꝛc. ꝛc. — von ca. 6000 Thlr. auf das „Gut“ ein sehr großer Gefallen geschehen, die notarielle Obligation sei in guter Hoffnung und Kürze halber, schon extrahirt worden. Der Bekannte, der zufälliger Weise mehr für solidere Offerten schwärmte, als für faule Hypotheken, sagte indessen: o nein; — damit war N. N. natürlich auch sehr zufrieden, denn nun konnte er um so füglicher die Bitte wagen, ihm die Obligation wieder zurückzucediren. Mit der so cedirten Obligation wollte er selbstverständlich entweder bei Kontrahirung anderer Darlehne oder bei dem Wiederverkauf des Gütels flunkern! Der Bekannte ließ sich aber auf Nichts ein und so war N. N. glücklicher Weise der Geprellte. Die hier beabsichtigte Gaunerei gilt aber noch für ein ganz unschuldiges Manöver, Geld aufzutreiben, so gefährlich sie auch für das Publikum mitunter ausfallen kann. Um so mehr Aufmerksamkeit ist aber in den Fällen erforderlich, in welchen ein Schwindler in Kompagnie mit einem anderen Schwindler unter aller Beobachtung der Form Hypotheken in beliebiger Höhe fabriciren läßt, durch welche denn wirklche Gläubiger um ihre Forderungen, z. B. Wechselforderungen gebracht werden sollen. Je schwerer es für die Gerichte ist, dergleichen Gaunerhypotheken nicht aufkommen zu lassen, um so strenger sollte aber auch in den als Betrügereien konstatirten Fällen gegen die Schuldigen eingeschritten werden. Jedenfalls werden die Gerichte sehr wohl daran thun, alles aufzubieten, daß die Eintragung von Scheingeschäften in die Hypothekenbücher möglichst selten oder gar nicht vorkommen kann. Sehr viel Unfug würde gewiß schon vermieden werden, wenn schon in irgend verdächtigen Fällen möglichst auf Aufzählung des zu verleihenden Kapitals vor Gericht selbst gehalten und Freund Habenichts, der angeblich mit einem Male tausende von Thalern an einen andern Habenichts auszuleihen oder ausgeliehen haben will, gefragt würde, woher er das Geld habe, wo es sei u. drgl.

— [Ein Findling.] Vor der Pforte des Klosters der barmherzigen Schwestern wurde am Dienstag Abend zwischen 8 und 9 Uhr ein ungefähr 7 Wochen altes Mädchen, in ein Kopfkissen eingebunden, gefunden. Der kleine schreiende Findling wurde ins Kloster aufgenommen und wird daselbst so lange gepflegt, bis über denselben weiter verfügt wird.

K. Buk, 26. März. [Todesfall.] Gestern früh wurde der Komornik Gorczak aus Turkowo auf der Landstraße von Zakrzewko nach Turkowo hiesigen Polizeidistrikts todt gefunden. Er war am Sonntag Abend in stark angetrunkenem Zustande mit einem Fornal von Sliwno nach Turkowo gefahren, auf der gedachten Straße abgestiegen, um sich zu Fuß nach seiner Wohnung zu begeben. Aeußere Verletzungen sind an dem Leichnam nicht wahrgenommen.

S Bentschen, 23. März. Der Geburtstag unseres Königs wurde auch hier in entsprechender Weise gefeiert. Nachdem Vormittags in den Kirchen Gottesdienst stattgefunden, versammelten sich Abends die Mitglieder des konservativen Vereins zu einem Diner in dem festlich geschmückten Saale des Hrn. Stein, wo sich auch aus der Umgegend Theilnehmer zahlreich eingefunden hatten. Der Herr Graf zu Lippe auf Neudorf, welcher mit seinen Söhnen zugegen war, hielt eine treffliche, höchst gediegene Anrede und brachte den Toast auf Se. Maj. aus. Hierauf wurden patriotische Lieder gesungen und so blieb die Gesellschaft in bester Gemüthlichkeit bis um 12 Uhr beisammen; außerdem war die Stadt Abends festlich illuminirt. — Gestern wagten zwei Knaben sich auf die dünne Eisdecke der Obra und brachen gerade an einer sehr tiefen Stelle ein. Beide wären sicher ertrunken, wenn nicht Herr Postexpediteur Walter auf ihren Hülferuf herbeigeeilt und, die eigene Lebensgefahr nicht achtend, ins Wasser gesprungen wäre und die beiden Wagehälse dem sicheren Tode entrissen hätte. Diese edle That verdient öffentliche Anerkennung.

w. Kempen, 25. März. [Die Gastpredigten] Behufs der Wiederbesetzung des hiesigen Pastorats haben bereits begonnen. Wir wissen dem Gemeinde-Kirchenrathe großen Dank, daß er aus der Zahl von fast 20 Bewerbern nicht mehr als 8 zur Abhaltung von Gastpredigten ausgewählt hat, nämlich 4 aus unserer Provinz und 4 aus Schlesien. Der polnische Dialekt der Schlesier weicht doch von dem hier gesprochenen sehr erheblich ab, wie wir bereits zu ersehen Gelegenheit hatten. Die Theilung der großen Parochie wird als sehr nahe bevorstehend bezeichnet und jedenfalls wird der gewählte Pastor die Verpflichtung einzugehen haben, sich jede Auspfarrung je nach der Zweckmäßigkeit der Konstituirung der zu bildenden neuen, ohne jede Entschädigung gefallen zu lassen. Ob die Station eines Hülfspredigers nach Erstehung der neuen Parochie (— mit dem Wohnsitze des Pastors in Podzamce —) noch hier belassen werden wird oder nicht, darüber dürfte ein Näheres noch nicht bestimmt sein. Ein namhafter Theil der Gemeinde scheint dem hiesigen Vikar Schwarzer die bisherigen Sympathien auch bei der Wahl zuwenden zu wollen.

h Gnesen, 26. März. Zur Geburtstagsfeier Sr. Majestät des Königs fand nach vielen schon vorangegangenen Festlichkeiten in dem jüdischen Tempel in gewohnter würdiger Weise eine Abendfeierlichkeit statt.

Die Festrede hielt der Rabbiner Dr. Zuckermandel. Anknüpfend an den Vers Jesaias 33, 17: „Den König in seiner Schöne schauen deine Augen, sie sehen entfernte Lande“, beleuchtete der geehrte Redner am Anfange die Gründe für die Großthaten im letzten Kriege, welche ihm vor Allem in den hervorragenden Eigenschaften des Königs zu ruhen schienen; denn in letzterem verehre sein Volk den Beschützer des Rechts, den Förderer der Volksbildung und den Ausbauer einer musterhaften Heeresverfassung. Im Schlußgebet, das diesen Betrachtungen folgte, erhielt der Wunsch, daß der König das erweiterte und erhöhte Staatsgebäude, welches ruhend auf den Säulen des Rechts, durch die starken Mauern eines tapfern Volksheeres geschützt und von den unvergänglichen Errungenschaften der Gesittung und Bildung überdacht und erhellt werde, zur Bewunderung der Mit- und Nachwelt, der Vollendung entgegen führen möge, — dieser Wunsch erhielt vorzüglich durch seine oratorische Vollendung und durch die Wärme und Innigkeit des Tons, mit dem derselbe gesprochen wurde, einen glänzenden und wahrhaft beredten Ausdruck.

Mußte diese Rede mit ihrem kräftigen, volltönenden Patriotismus schon an und für sich bei allen Anwesenden den lebhaftesten und befriedigendsten Eindruck hervorrufen, so konnte sie umsoweniger verfehlen, speciell der jüdischen Gemeinde wieder von Neuem zu Gemüth zu führen, wie sehr sie sich bei den bedeutenden Eigenschaften des Redners gerade zu einem solchen Vetreter ihres Kultus, und bei den jüngst erlebten Zwistigkeiten zu der neuerdings erfolgten Entscheidung der Regierung Glück zu wünschen hätte, wonach ihr der längere Verbleib des gegenwärtigen Rabbiners, Dr. Zuckermandel, zugesichert wird. Man hat daher wohl gegründete Ursache, die Disharmonien, welche den Frieden der sonst so einträchtigen Gemeinde in störender Weise trübten, für immer abgethan zu erachten.

∾ Schneidemühl, 26. März. Gestern feierte der Kanzleirath Hoffmann hierselbst sein 50jähriges Dienst-Jubiläum. Der Jubilar hat die ganze Dienstzeit als Beamter der hiesigen Gerichtsbehörde in derselben Station absorbirt. Er ist in Anerkennung seines Verdienstes mit dem Rothen Adler-Orden vierter Klasse dekorirt worden. Die Beamten des Königl. Kreisgerichts haben ihm zum besonderen Beweise ihrer Achtung eine goldene Uhre verehrt, desgleichen ihn die hiesigen beiden Kommunal-Behörden durch eine Adresse beglückwünscht. Nach vielseitigen Ehrenbezeugungen, deren der Herr Jubilar sich gestern zu erfreuen hatte, wurde ihm zum Schlusse des Tages im Köbcke'schen Lokale unter zahlreicher Betheiligung ein solennes Diner gegeben.

Vermischtes.

* Johannisburg, im März. Vor Kurzem fand hier in der königl. Alt-Johannisburger Forst wiederum eine von Herrn Oberförster Hausmann veranstaltete Wolfsjagd statt. In einem 350 Morgen großen Jagen waren 2 Wölfe eingespürt und das ganze Jagen mit den sogenannten Lappen umstellt worden, welche, in Verbindung mit den ringsum angezündeten Feuern, die Flüchtlinge einen Nachmittag und eine Nacht hindurch in respektvoller Entfernung hielten. Bei der am folgenden Morgen veranstalteten Jagd wurden beim ersten Treiben beide Thiere verwundet, wobei der eine Wolf, der sich im Augenblick des Schusses schon auf dem Gestell befand, durch die Lappen ging; beim zweiten Treiben wurde der andere Wolf von demselben Schützen, der ihn angeschossen hatte, erlegt. Die Spur des entflohenen Wolfes ist am anderen Morgen eine halbe Meile weit bis zu einer Stelle verfolgt worden, an welcher ein Reh zerrissen war und wo sie sich mit den Spuren von noch 3 anderen Wölfen so durchkreuzt und vermischt hatte, daß die Verfolgung aufgegeben werden mußte. (Pr.-L. Z.)

* Aus einem Orte des Kreises Fulda wird den „K. Bl.“ in Betreff der Parlamentswahlen folgende Thatsache berichtet: Man wußte in jenem Orte nicht recht, wie man sich den drei in Vorschlag gebrachten Kandidaten gegenüber verhalten sollte. Unmittelbar vor dem Wahlakt versammelt daher der Bürgermeister die Wähler um sich und setzt ihnen kurz und bündig auseinander, wie folgt: „Do hot mer uns vo Voll (Fulda) uis der Oberbürgemeister Rang empfohle; der Mann is rächt; hä is au en goter Katholik: dän därfe mer gewiß wähl. Dann sei annere komme, die hann uns gesoat, mer solle doch den Trabert wähl. Der is au rächt, hä hots Härz ofm rächte Fleck onn der Kopp au: dän därfe mer au wähl. Do sein ober zuletzt noch de Schandorme komme onn der Vollezei-Assessor W. sälber onn honn ons ingeredt, mer mößte enn gewissen Nomens Dietzel wähl. Den kenne mer no nätt, onn wesse nit rächt, beß mit dem eß; ober dos de Vollezei ohnbefohle hat, so getts nitt anners, mer möße den au wähl. Do honn ich mer dä gedoicht, mer mache s eso: Ve viel senn mer doin? 148 senn mer. Do womm mer de erschte 50 Stimme dem Rang ga (geben), de zwaite 50 dem Trabert, onn de annere dem Dietzel; do wämm mersch wol am bäste gemoicht hom.“ Und also geschah denn auch wirklich. — Noch klüger fing man die Sache in einem Dorfe derselben Gegend an. Weil man sich am 12. Februar noch nicht recht entscheiden konnte, so beschloß man, lieber abzuwarten, wie es die Anderen machen würden, und erst am folgenden Tage zu wählen.

Telegramme.

Paris, 28. März. Es wird versichert, der Prinz von Oranien werde in Paris erwartet.

Florenz, 27. März. Nari, Kandidat der Regierung ist mit 195 Stimmen gegen Crispi (145) zum Kammerpräsidenten gewählt.

Die Bildung des stenographischen Bureaus für den Reichstag des Norddeutschen Bundes.

Unsere politischen Zeitungen brachten unter „Parlamentarischem“ bald nach Eröffnung des Norddeutschen Parlaments eine Notiz, nach welcher bei Bildung dessen stenographischen Bureaus in dasselbe auf Grund eines vorhergegangenen Wettschreibens 9 Stolzeaner und 3 Gabelsbergianer aufgenommen worden sind. Einige der Zeitungen, darunter auch die hiesige „Ostdeutsche“, fügten dieser Notiz die Bemerkung bei, daß auf diese Weise nun endlich der lange Streit über die praktische Leistungsfähigkeit beider rivalisirenden Systeme zu Gunsten des Stolzeschen entschieden sei. Diese Meinung ist auch vielfach vom Publikum getheilt und von Seiten der Stolzeaner aufs Eifrigste verbreitet worden. Dem gegenüber halten wir uns zu folgender thatsächlichen Aufklärung verpflichtet:

Noch am Tage vor dem Wettschreiben hat die königl. Staatsregierung auf eine dieserhalb an sie gerichtete Anfrage ausdrücklich erklärt: „daß das Konkurrenz-Schreiben von ihr nicht in dem Sinne aufgefaßt werde, daß durch sein Ergebniß eine Entscheidung über die praktische längst bei beiden als ausreichend erwiesene Leistungsfähigkeit der konkurrirenden Systeme erzielt werde, vielmehr nur einen Maßstab für die persönliche Tüchtigkeit und Brauchbarkeit der an dem Schreiben theilnehmenden einzelnen Stenographen abgeben solle“; eine Ansicht, die als ganz selbstverständlich von jeher durch die Anhänger der Gabelsbergerschen Schule vertreten worden ist, da einzelne tüchtige Stenographen auch mit anderen und viel schlechteren als diesen beiden Methoden sehr wohl im Stande sein können, Reden wörtlich nachzuschreiben. Das Konkurrenzschreiben fand am 18. Februar c. in Berlin statt und betheiligten sich daran 15 Stolzeaner und 10 Gabelsbergianer. Von den ersteren, welche sämmtlich in Berlin wohnhaft waren, hatten bisher 8 als Stenographen im preußischen Abgeordneten-, 4 als Stenographenschreiber daselbst und 3 beim Herrenhause als Stenographen fungirt. Unter letzteren befanden sich 3 Mitglieder des königl. sächsischen Stenographischen Instituts aus Dresden, 2 Landtagshülfsstenographen ebendaher und 1 Landtagsstenograph aus Weimar; diese hatten sämmtlich erst am Tage der Konkurrenz in Berlin eintreffen können. Die Leitung des Wettschreibens führte der Bureaudirektor, Hr. Geh. Regierungsrath Dr. Metzel, welcher selbst der Stenographie nicht kundig ist; die Prüfung der Arbeiten geschah durch den Vorstand des stenographischen Büreaus, den Stolzeaner Herrn Dr. Michaelis, also einen von vornherein suspekten Richter. — Herr Geh. Regierungs-Rath Metzel begann mit Vorlesung einer Verhandlung über das Gefängnißwesen. Nach etwa sechs Minuten löste ihn Dr. Michaelis ab. Dessen Vortrag wurde jedoch schon nach wenigen Minuten von den Stenographen beider Schulen unter Protest unterbrochen, weil er nicht las, sondern mit völlig unverständlicher Stimme in den Bart hinein murmelte. Der Geh. Rath Metzel übernahm darauf hin sogleich die Fortsetzung des Diktats und wiederholte fast den ganzen durch Dr. Michaelis vorgelesenen Abschnitt. — Nach Beendigung des Diktats, welches die Zeit von 10 Minuten in Anspruch genommen hatte und etwa 1000 Wörter umfaßte, erfolgte sofort die Uebertragung in Kurrentschrift. Der Gabelsbergianer Oppermann überreichte zuerst das Manuskript, er hatte zu Umschrift 54 Minuten gebraucht. Ihm folgte 15 Minuten später der Gabelsbergianer Dr. Bierey, und 15—20 Minuten nach diesem erst der erste Stolzeaner, frühere Stenographenschreiber Bermas. Der Stolzeaner Pauly, ein seit Jahren praktisch-thätiger Stenograph, brauchte zur Uebertragung der 1000 Wörter 114 Minuten, (eine volle Stunde mehr als Oppermann), er schrieb also in jeder Minute nur 8 Wörter; da man aber bequm 15—20 Wörter Kurrentschrift in der Minute schreiben kann, so hat er allein auf die Entzifferung seiner Niederschrift ca. 50 Minuten verwendet. — Der Stolzeaner (!) Dr. Michaelis erklärte demnächst nach Prüfung der Arbeiten die des Stolzeaners Pauly (!!!) u. Gracer bei 3, und die des Gabelsbergianer Oppermann bei 4½ Abweichungen von dem Diktat als die besten, als ob die Sicherheit u. Schnelligkeit, mit der ein Stenograph die Niederschrift überträgt, unwesentlich sei, u. nicht vielmehr gerade bei parlamentarischen Verhandlungen auf die allerschleunigste Wiedergabe des Gesprochenen das größte Gewicht gelegt werde, zumal doch eine Kontrolle bezüglich der Genauigkeit der Wiedergabe schon dadurch erfolgt, daß stets zwei Stenographen zu gleicher Zeit ein und dasselbe schreiben. Ob ein solches Verfahren den Grundsätzen für die Beurtheilung stenographischer Niederschriften entsprechen könne, können wir getrost der Beurtheilung des Laien-Publikums überlassen. Uebrigens wollen wir nur noch anführen, daß, nachdem auf diese Weise das Stenographen-Bureau aus 9 Stolzeaner und 3 Gabelsbergianer gebildet war, und von letzteren Dr. Bierey nun seine Bewerbung zurückzog, statt seiner der Gabelsbergianer Rauppius berufen wurde, welcher somit eine fehlerfreiere Arbeit geliefert haben muß, als die noch übrig gebliebenen 6 Stolzeaner, von denen 3 seit längerer Zeit in den preußischen Kammern als Stenographen gearbeitet hatten. Weitere Folgerungen aus diesen Thatsachen ersparen wir uns. — Sapienti sat.

AK.

Die Vernunft verlangt, daß man die Gesundheit mehr als Alles beachte, und in Rücksicht darauf wählt Jeder sein Bedürfniß an Heilnahrungsmitteln dort, wo er keinen Zweifel hat, daß sie sich für Erhaltung resp. Herstellung der Gesundheit eignen.

Jeder weiß, wie wirksam sich in Bezug auf die Sanität sowohl das Hoff'sche Malzextrakt-Gesundheitsbier als die Hoff'sche Malz-Gesundheitschokolade und Brustmalzbonbons gezeigt, daß sie als Heilnahrungsmittel von vielen Aerzten anerkannt wurden und sogar amtlich, nach erlangtem ärztlichen Bericht, das Prädikat „ausgezeichnet“ ausgesprochen wurde. Daher das stürmische Verlangen darnach und die Manifestation der glänzenden Erfolge, wie in folgenden Zuschriften: Herrn Hoflieferanten Johann Hoff in Berlin, Neue Wilhelmsstraße Nr. 1. Greifswald, 4. Januar 1867. Seit einer Reihe von Jahren an den hartnäckigsten Magen- und Unterleibsbeschwerden leidend, wurde ich im letzten Viertel des verflossenen Jahres heftiger als je heimgesucht. „Fast an einer Besserung verzweifelnd, suchte ich Hülfe bei Ihrem viel empfohlenen, aber niemals genug zu empfehlenden Fabrikate, dessen herrlichen Wirkungen ich allein die günstige Veränderung,“ die in meiner Krankheit eingetreten, zuschreiben muß. Einen weiteren Gebrauch hält der Arzt sehr wünschenswerth (wird vom behandelnden Arzte schriftlich bestätigt). **W. Conrad.** — Losentitz bei Glevitzerfähr auf Rügen, 4. Januar 1867. Ihre jetzt allgemein anerkannten vortrefflichen Heilnahrungsmittel haben sich auch im Kreise meiner Bekanntschaft ausgezeichnet bewährt (wiederholte Bestellung). **v. Dycke,** Rittergutsbesitzer. — St. Petersburg, 18. November 1866. Das Hoff'sche Malzextrakt-Gesundheitsbier hat einen überaus erfreulichen Erfolg bei meinen Kranken gehabt, nicht minder die Chokoladen-Präparate (Malzgesundheitschokolade und Chokoladenpulver), deren Wirkung eine auffallend schnelle und erfreuliche war ꝛc. Dr. **Siminowsky,** Oberarzt. — Schwirsen bei Zitzmar, 4. Januar 1867. Ew. Wohlg. bitte ich mir umgehend wieder von Ihrem schönen Malzextrakt-Gesundheitsbier zuzusenden. F. Gräfin **von Wartensberg.** — Die Uebereinstimmung dieser Aeußerungen ist ein leuchtender Schmuck für sämmtliche Hoff'sche Malzfabrikate (Malzextraktgesundheitsbier, Malzgesundheitschokolade, Malzchokoladenpulver, Brustmalzzucker und dergl. Bonbons), deren Erhebung nicht vom Fabrikanten, sondern von einem sehr hochachtbaren Publikum ausgeht, und darum eine wahre ist.

Von den weltberühmten patentirten und von Kaisern und Königen anerkannten **Johann Hoff**'schen Malzfabrikaten: **Malz-Extrakt-Gesundheitsbier, Malz-Gesundheits-Chokolade, Malz-Gesundheits-Chokoladen-Pulver, Brustmalz-Zucker, Brustmalz-Bonbons, Bademalz ꝛc**, halten stets Lager in **Posen** die Herren ***Gebr. Plessner***. Markt 91., General-Niederlage, und ***Herrmann Dietz***, Wilhelmsstraße 26.; in **Wongrowitz** Herr ***Th. Wohlgemuth***; in **Neutomysl** Herr ***Ernst Tepper.***

Klavier-Institut.

Am 1. April beginnt ein neuer Kursus. Anmeldungen werden täglich angenommen.

Bergstraße Nr. 15.

V. v. Fiedler,
Vorsteherin.

Angekommene Fremde
vom 28. März.

HOTEL DU NORD. Die Hauptleute Anthony, v. Ustar und Premier-Lieutenant v. Haccius aus Hannover.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Rittergutsbesitzer v. Mankiewicz aus Polen, Graf Grabowski aus Dresden, Fabrikbesitzer Ohm aus Warschau, die Kaufleute Womer aus Krossen, Bielefeld aus Berlin und Bachmann aus Köln.

SCHWARZER ADLER. Die Rittergutsbesitzer v. Lossow aus Lesniewo, Rohrmann aus Chrząstowo, Scheibner aus Michalowo und Molinski aus Lubowo, Studiosus Barcikowski aus Breslau, Frau Hauptmann Mittelstädt aus Latalice.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Bresler aus Breslau, Grosse aus Rüdesheim, Motz aus Berlin, Michels aus Köln, Hindrichs aus Remscheid, Zentgraf aus Offenbach, Neddermann ans Bremen und Maasberg aus Braunschweig, die Rechn.- und Schulräthe Jungklaas, Schmidt und Reg.-Assessor Banke aus Bromberg.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Jarzembowski aus Brudzewo, v. Skarzynski aus Splawie, v. Skarzynski aus Sokolowo, Frau v. Baranowska aus Roznowo, Schmidt aus Charzewo und Opitz aus Lowencin, Probst Bielawski aus Pleschen.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Krüger und Schleh aus Berlin, Baum aus Dresden, Liebe aus Waltaj, Zimmer aus Bremen, Schmidt aus Gotha und Hammer aus Stuttgard, Oberförster Störig aus Zielonka, die Rittergutsbesitzer v. Golkowski nebst Frau aus Sierierek, Schemmann aus Slupia und Föhnrohr aus Gnesen.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Pahnke aus Lomnitz, Blindow und Mansard aus Bentschen, Direktor Braatz aus Potsdam, Pharmazeut Erhardt aus Wronke, Rentiere Steindamm nebst Sohn aus Tirschtiegel, Bildhauer Kronwein aus Düsseldorf, Glashüttenbesitzer Mittelstädt aus Ludwikowo.

HOTEL DE BERLIN. Rittergutsbesitzer v. Kropinski aus Orchowo, Gutsbesitzer Adam aus Rabowice, Assek.-Inspektor Richter aus Berlin, Partikulier Haßler aus Bromberg, die Kaufleute Gebr. Ollendorf aus Rawicz, Wiener aus Sprottau, Rösch aus Teterow und Silberstein aus Santomysl.

BAZAR Die Gutsbesitzer Wirzbinski aus Wlokno, Kierski aus Podstolice, Zoltowsky aus Nekla, Szuldrzynski aus Sierniki, Graf Mielzynski aus Pawlowice und Stablewski aus Zalesie, Fabrikant Kühn aus Kottbus, Agent Bergson aus Polskiego, Agronom Trzcinski aus Ostrowo, Akademiker Trzcinski aus Berlin.

HOTEL DE PARIS. Gutsverwalter Wiewierowski aus Gulkowy, Geistlicher Frydrychowicz aus Zachodnie.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Die Kaufleute Glinski aus Galizien, Klas nebst Frau aus Berlin, Gostkowski und Alexander aus Krakau, Landwirth Rosenthal aus Moschin.

DREI LILIEN. Kaufmann Baumgurke aus Görlitz, Kassirer Gajewski aus Woznik.

EICHBORN'S HOTEL. Die Kaufleute Karminski und Mendlowicz aus Pleschen, Oberkantor Wolf aus Teplitz.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Im Auftrage des königl. Provinzial-Steuer-Direktors zu **Posen** wird das unterzeichnete Hauptamt, und zwar in seinem Amtsgelasse (Zimmer Nr. 1.)

am 8. April d. J.
um 10 Uhr Vormittags

die Chausseegeld-Erhebung der Hebestelle **Tarnowo,** zwischen Posen und Pinne, an den Meistbietenden mit Vorbehalt höheren Zuschlages vom 1. Juli d. J. ab zur Pacht ausstellen.

Nur dispositionsfähige Personen, welche vorher mindestens 100 Thlr. baar oder in annehmbaren Staatspapieren bei uns zur Sicherheit niedergelegt haben, werden zum Bieten zugelassen.

Die Pachtbedingungen können in unserer Registratur von heute an während der Dienststunden eingesehen werden.

Posen, den 19. März 1867.

Königliches Haupt-Steueramt.

Bekanntmachung.

Das den Geschwistern **Zachert** gehörige auf 2029 Thlr. 28 Sgr. 7 Pf. abgeschätzte Grundstück Obornik Nr. 10., soll in dem am **6. Juni** d. J., **4 Uhr Nachmittags** vor der Gerichtstags-Kommission zu **Obornik** anstehenden Termin in freiwilliger Subhastation verkauft werden.

Taxe und Bedingungen sind in unserem Bureau II., die Bedingungen auch bei dem Töpfermeister Vincent **Maychrowicz** in **Obornik** einzusehen.

Rogasen, den 20. März 1867.

Königliches Kreisgericht.
II. Abtheilung.

In unserer Gemeinde soll ein ש״ץ ומ״ץ angestellt werden. Das Einkommen wird nach Maßgabe der Leistungen und dessen Persönlichkeit festgestellt. Persönliche Meldungen müssen innerhalb 6 Monaten geschehen und werden Reisekosten nicht vergütigt.

Pudewitz, den 25. März 1867.

Der Synagogen-Vorstand.

Im Auftrage des königl. Kreisgerichts werde ich **Mittwoch den 3. April d. J. Vormittags 11 Uhr** circa 200 Scheffel Winter-Raps vorjähriger Ernte, zuerst auf dem Vorwerke Miącznik, dann zu Ulejno bei Schroda, öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkaufen.

Schroda, den 27. März 1867.

Der Auktions-Kommissar.
Schröder.

Vorbereitungs-Klassen
für die Realschule.

Das neue Schuljahr beginnt **Montag am 1. April.** Anmeldungen werden rechtzeitig erbeten.

Dr. ***Brennecke.***

Eine **Dorfschmiede**, 2 Meilen von Posen, an einer frequenten Chaussee, mit vorzüglicher Nahrung ist zu verpachten. Franko-Offerten unter Chiffre ***O. F.*** in der Expedition dies. Zeit.

„Nordstern“.

Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft zu Berlin.

Die Eröffnung des Geschäftsbetriebes ist erfolgt und schließt der **„Nordstern“** Versicherungen auf das menschliche Leben in allen gewünschten Formen gegen mäßige und feste Prämien ab, insbesondere

Versicherungen auf den Todesfall, inkl. Begräbnißgeld-Versicherung,
Versicherungen von Leibrenten und Pensionen,
Aussteuer- und Alterversorgungs-Versicherungen.

Unsere Herren Agenten verabreichen Prospekte und Antragsformulare unentgeltlich und ertheilen jede gewünschte Auskunft.

Bewerbungen um Agenturen an Orten, wo die Gesellschaft noch nicht oder nicht genügend vertreten, sind an die unterzeichnete Direktion, deren Geschäftslokal sich in Berlin, Jägerstraße Nr. 52., befindet, zu richten.

Die Direktion.

Ein **Gut** in **Kujawien** von 1400 Morgen, darunter 300 Morgen zweischnittiger Wiesen, mit kompletem Inventarium, Wohn- u. Wirthschaftsgebäuden neu und vollständig, ist unter vortheilhaften Bedingungen billig zu verkaufen. Näheres bei ***Gerson Jarecki,*** Breslauerstraße 12. in **Posen.**

Geschäfts-Verkauf.

Ein ausgedehntes Materialwaaren-, Cigarren- und Weingeschäft en gros & en détail, unweit der Grenze in einer Stadt mit guter Umgegend, ist Umstände halber ohne Uebernahme der Aktiva und Passiva, zu verkaufen.

Reflektanten belieben ihre Adresse unter **Z. 33.** in der Exped. dieser Zeitung abzugeben.

Ein Hypothek von 6500 Thlr. auf einem großen Rittergute pupillarisch sicher; unmittelbar nach der alten Landschaft ist zu vergeben. Franko Adressen ***A. B. 20.*** poste restante **Posen.**

Junge Mädchen, welche nach der Konfirmation zu ihrer ferneren Ausbildung für das praktische Leben auf eine Zeit lang das Elternhaus verlassen wollen, finden freundliche Aufnahme in einem streng christlichen Pfarrhause auf dem Lande. Näheres durch Pastor ***Lucas*** in **Lewitz,** Kr. Meseritz.

Frisch gebrannten Rüdersdorfer Steinkalk,

à Tonne 1 Thlr. 15 Sgr. ab Ofen, empfiehlt

Franz Bamberger,
in **Großdorf** bei Birnbaum.

Für **Porzellan-Manufakturen, Ofen-** und **Glasfabriken** empfehle ich:

Rothen und weißen schwedischen **Feldspath,**
weißen norwegischen **Quarz** in Stücken,

und halte davon stets Lager in ausgesuchter reiner Qualität.

Herm. Becker
in Stettin.

Kleesaat, roth, weiß und gelb, franz. Luzerne, Thymothee, Knaulgras, Pferdezahnmais, Reygräser, Futterrüben und Möhren, Riesenspörgel, wie alle übrigen Feldsämereien offerirt billigst

J. G. Lewy,
Schuhmacherstraße Nr. 19.

Knochen-Dungmehlfabrik
zu Zainhammer bei Neustadt-Eberswalde.

Wir empfehlen den Herren Landwirthen:

1) **Feinstes gedämpftes Knochenmehl;**
2) **Schwefelsaures gedämpftes Knochenmehl;**
3) **Superphosphat aus Knochenkohle und Blut;**
4) **Superphosphat aus Knochenkohle und Blut** mit schwefelsaurem Ammoniak versetzt;
5) **Aechten Peru-Guano** aus den Regierungsdepots;
6) **Präparirten** staubfein gemahlenen **ächten Peru-Guano.**

Commissionslager für das **Grossherzogthum Posen** bei

Herrn L. Kunkel in Posen,

an den die geschätzten Aufträge aus dortiger Gegend zu richten bitten.
Preisslisten nebst Analyse franco.

Gebrüder Schickler in Berlin.

Leutewitzer Runkelrüben-Samen.

Diejenigen Herren Landwirthe, welche noch **Leutewitzer Runkelrüben-Samen** zu beziehen wünschen, bitte ich um beschleunigte Bestellung, um die Versendung noch rechtzeitig bewirken zu können.

Leutewitz und Löthayn bei Meissen, Sachsen, im März 1867.

A. Steiger.

Für Landwirthe und Gartenfreunde

empfehle zur Frühjahrspflanzung schöne hoch- und halbstämmige Rosen, verschiedene Obstbäume, Ziersträucher, Stauden ꝛc., wie auch eine Partie Obstbaum-Wildlinge, pro Schock 12½ Sgr. Gleichzeitig empfehle ich auch meine frischen und keimfähigen

Blumen- und Gemüse-Sämereien,

besonders mache ich auf einige vorzügliche Sorten Runkelrüben aufmerksam.

Blühende Topfgewächse, auch werden **Blumenbouquets, Kränze** ꝛc. in den neuesten Formen jederzeit sauber und billig angefertigt.

Preisverzeichnisse über alle Garten-Erzeugnisse meiner Gärtnerei auf gefälliges Abverlangen franko und gratis.

Albert Krause,
Kunst- und Handelsgärtner, Posen, St. Adalbertshof.

Frische Bouquets

mit **5—6 Kamellien ꝛc. nur 1** Thlr., empfiehlt

C. Hensen,
vorm. **Fleißig,**
Kunst- und Handelsgärtner,
vis-à-vis der k. Polizei.

Zu Hecken besonders schön und stark:

Weißdornpflänzlinge,
à 1000 St. 5 Thlr.
Liguster,
à 1000 St. 5 Thlr.

Es stehen hiervon 50 Tausend zu verkaufen bei

P. A. Wend,
Handelsgärtner in **Conitz.**

Gelbe Saatlupinen

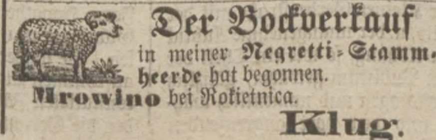
guter **Qualität** verkauft das Domin. **Gądki** bei Kurnik.

Das Domin. **Kobylepole** verkauft mehrere Schock hochstämmige **Süßkirschen**, à Stück 10 Sgr.

Riesen-Runkelrüben-Samen

in gelber und auch weißer Gattuug, den Scheffel zu 7½ Thlr., die Metze zu 15 Sgr., verkauft ***C. Heinze,*** Vorwerksbesitzer in **Klecko.**

In **Zurawia** bei Exin stehen 10 Mastochsen im Gewicht von 1500 bis 1700 Pfd. zum Verkauf.



Der Bockverkauf

in meiner **Negretti-Stammheerde** hat begonnen.

Mrowino bei Rokietnica.

Klug.

Strohhüte wäscht, färbt und modernisirt

P. Knauth, gr. Gerberstr. 20.

Sonnenschirme

in größter Auswahl empfiehlt

A. Birner,
Markt 68.

Gardinen

empfiehlt in größter Auswahl zu billigem Preise

F. W. Mewes,
Markt 67.

Marshall Sons & Comp. Locomobilen, Dampfdresch-Maschinen etc.,
Gebr. Sachsenberg's Dampf-Ziegelpressen,
Smith & Sons Drills, Düngerstreuer etc.,
Samuelson's Getreidemäh-Maschinen

empfehle sämmtlich unter Garantie der Güte und gebe anerkannteste Referenzen. — Zeitige Bestellungen erwünscht.

H. Humbert,
Tauenzienstrasse 6., Breslau.

Leere Gebinde

verschiedener Größe, sind in großer Anzahl und billig zu verkaufen Markt Nr. 6. bei

A. Pfitzner.

Dem geehrten Publikum zur gefälligen Kenntnißnahme, daß ich vom 1. April die Ausgabe der **Posener Zeitung** übernommen und das Abonnement auf dieselbe bei mir erneuert werden kann.
Kaufmann **R. Seidel**,
große Ritterstraße 10.

Gestern $^3/_4$10 Uhr Abends wurden wir durch die Geburt eines Sohnes erfreut.
Posen, den 28. März 1867.
Gerson Jarecki u. Frau geb. **Weiß.**

!!! Aufforderung !!!
an alle Geschäfts- und Gewerbtreibenden der Stadt Posen zur Theilnahme an der **Versammlung** am **29. d. Mts.**, d. i. **Freitag Abend, 8 Uhr** im **Lambert'schen** Saal, behufs **Gründung eines neuen Vereins.**

Auswärtige Familien-Nachrichten.
Verbindungen. Herr Kreisbaumeister Karl Schüler in Kyritz mit Frl. Agnes Baer in Berlin, Herr Kreisrichter Hugo Schaz mit Frl. Martha Rudolphy in Berlinchen, Herr Seconde-Lieutenant Rudolph Weizmann in Woldenberg mit Frl. Selma Kramm in Schwiebus.
Geburten. Ein Sohn: Herrn Gerichts-Assessor Hermann Freytag in Berlin. Eine Tochter: Herrn Kreisrichter Pilger in Perleberg, Herrn Pastor Sauer in Damerow.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 28. März 1867. (**Wolff's telegr. Bureau.**)

		Not. v. 27.	v. 26.
Roggen, animirt.			
März	57	56	56½
April-Mai	56¼	55	54⅞
Spiritus, steigend.			
März	17⅛	16⅞	16⅞
April-Mai	17⅙	16 11/12	16 11/12
Rüböl, fester.			
März	11 1/12	11 1/12	11⅙
April-Mai	11 1/12	11⅛	11 5/24

Fondsbörse: Fonds matt, Aktien fest.		Not. v. 27.	v. 26.
Amerikaner	78¼	78⅜ B	78¼
Staatsschuldsch.	83¾	83¾	83½
Neue Posener 4% Pfandbriefe	88½	88½	88¾
Russ. Banknoten	81⅛	81⅛	81
Russ. Pr.-Anl., a.	91⅝	91¾	91¾
do. do. n.	87⅝	88	87¾

Kanalliste: Nicht gemeldet.

Stettin, den 28. März 1867. (**Marcuse & Maas.**)

		Not. v. 27.
Weizen, unverändert.		
Frühjahr	83¾	84
Mai-Juni	83¾	84
Juni-Juli	83¾	84
Roggen, höher.		
Frühjahr	53⅜	52¾
Mai-Juni	53½	53
Juni-Juli	53¾	53¼

		Not. v. 27.
Rüböl, matt.		
April-Mai	10¾	10⅞
Septbr.-Oktbr.	11 5/12	11½
Spiritus, fest.		
Frühjahr	16 7/12	16 5/12
Mai-Juni	16¾	16 7/12
Juni-Juli	17	16¾

Börse zu Posen

am 28. März 1867.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 88½ Gd., do. Rentenbriefe 90 Gd., do. 5% Kreis-Obligationen 98½ Br., do. 5% Obra-Meliorations-Obligationen 98½ Br., do. 4½% Kreis-Obligationen 89 Br., polnische Banknoten 81 Geld.

Roggen [p. Scheffel = 2000 Pfd.] pr. März 52⅞, März-April 52, Frühjahr 52, April-Mai 51 7/12, Mai-Juni 51 7/12, Juni-Juli 51 7/12.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000% Tralles] (mit Faß) gekündigt 9000 Qrt., pr. März 16 1/24, April 16—⅙, Mai 16⅓—7/24, Juni 16½, Juli 16⅔, August 16⅚.

≌ [Privatbericht.] **Roggen** höher, pr. März 52½ Gd., Frühjahr 51 11/12—52 bz. u. Br., April-Mai 51 7/12 bz. u. Br., Mai-Juni 51 7/12 bz. u. Br., Juni-Juli 51 7/12 bz. u. Br.

Spiritus behauptet, pr. März 16 1/24 bz. u. Gd., April 16—1/12—⅙—⅛ bz. u. Br., Mai 16⅓—7/24 bz. u. Br., Juni 16½ Gd., Juli 16⅔ Gd., August 16⅚ Gd., Septbr. 17 Br. u. Gd.

Produkten-Börse.

Berlin, 27. März. Wind: SSO. Barometer: 27°. Thermometer: Früh 7° +. Witterung: Warm und freundlich.

Nach sehr vereinzelten, etwas billigeren Abschlüssen in Roggen zeigte sich die Unzulänglichkeit der Anerbietungen und allmälig holten die Preise mehr ein, als sie anfänglich verloren hatten. Das Geschäft war nicht lebhaft, aber um schließlich eine sehr feste Haltung zu etabliren, genügte die Kauflust. Mit dem Verkauf von Waare ging es heute weniger flott.

Weizen behauptet loko seinen Werth, Termine hat man hingegen abermals etwas billiger erlassen müssen.

Hafer machte sich heute weniger knapp, blieb aber loko preishaltend, Termine waren matt.

Rüböl ist neuerdings billiger verkauft worden, doch blieben zu den gewichenen Preisen schließlich Käufer übrig.

Spiritus ohne Aenderung bei beschränkten Umsätzen.

Weizen loko pr. 2100 Pfd. 70—88 Rt. nach Qualität, geringer weißbunter poln. 75½ Rt. bz., schwimmend 83/84pfd. feiner hochbunter poln. 86 Rt. bz., pr. 2000 Pfd. April-Mai 77½ a ¾ Rt. bz. u. Gd., Mai-Juni 78¼ Br., 78 Gd., Juni-Juli 78½ a ¼ bz., Juli-August 77 bz., Septbr.-Oktbr. 72 bz., ½ Br.

Roggen loko pr. 2000 Pfd. 55—57 Rt. nach Qualität bz., feiner 57½ a ¾ Rt. bz., Frühjahr 54½ a 55 Rt. bz. u. Gd., ¼ Br., Mai-Juni 54½ a ¾ bz. u. Gd., 55 Br., Juni-Juli 54⅝ a ¾ bz. u. Gd., 55 Br., Juli-August 53 a ¼ bz., Septbr.-Oktbr. 51¼ a ½ bz.

Gerste loko pr. 1750 Pfd. 45—51 Rt. nach Qualität.

Hafer loko pr. 1200 Pfd. 26½—29½ Rt. nach Qualität, sächs. 28½ Rt. bz., Frühjahr 28⅛ a ¼ Rt. bz., Mai-Juni 28⅜ a ½ bz., Juni-Juli 28⅞ a 29 bz.

Erbsen pr. 2250 Pfd. Kochwaare 52—66 Rt. nach Qualität, Futterwaare do.

Rüböl loko pr. 100 Pfd. ohne Faß 11⅛ Rt., per diesen Monat 11 1/12 Br., März-April do., April-Mai 11⅛ a 1/12 bz., Mai-Juni 11⅙ Br., Juni-Juli 11⅓ Br., Septbr.-Oktbr. 11 7/12 a ½ bz., Oktbr.-Novbr. 11⅔ bz.

Leinöl loko 13⅔ Rt.

Spiritus pr. 8000% loko ohne Faß 17 7/24 a ¼ Rt. bz., per diesen Monat 16 11/12 Br., ⅚ Gd., März-April do., April-Mai 16⅚ a 11/12 bz. u. Br., ⅚ Gd., Mai-Juni 17 bz. u. Gd., 1/12 Br., Juni-Juli 17⅓ a 5/12 bz. u. Br., ⅓ Gd., Juli-August 17 13/24 a 7/12 bz. u. Gd., ⅔ Br., August-Septbr. 17 17/24 a ¾ bz., Br. u. Gd., Septbr.-Oktbr. 17 13/24 a 7/12 bz., Br. u. Gd.

Mehl. Weizenmehl Nr. 0. 5⅓—5 1/12 Rt., Nr. 0. u. 1. 5 1/12—4⅚ Rt., Roggenmehl Nr. 0. 4⅓—1/12 Rt., Nr. 0. u. 1. 4 1/12—3⅚ Rt. bz. pr. Ctr. unversteuert. (B. H. Z.)

Stettin, 27. März. [Amtlicher Bericht.] Wetter: Trübe, + 9° R. Barometer: 28. Wind: SW.

Weizen etwas niedriger, loko p. 85pfd. gelber und weißbunter 82—88 Rt., geringer 74—81 Rt., 83/85pfd. gelber pr. Frühjahr 84, 83¾ bz., Mai-Juni 83½ Gd., Juni-Juli 83¾ Br., Septbr.-Oktbr. 79½, 79 bz. u. Gd.

Roggen behauptet, p. 2000 Pfd. loko 53—55 Rt., 84pfd. 56 Rt., pr. Frühjahr 52¾ Gd., 53 Br., Mai-Juni 53 Gd., Juni-Juli 53½ Br., Juli-August 53 Br.

Gerste nach Qualität 47—49 Rt.

Hafer loko p. 50pfd. 29½—30½ Rt. bz., 1 Ladung poln. 29½ Rt. bz.

Heutiger Landmarkt:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen
82—87	53—58	44—49	26—31	54—58 Rt.

Heu 20 Sgr. bis 1 Rt., Stroh 6—8 Rt.
Kartoffeln 18—22 Sgr.

Rüböl matt, loko 11 Rt. Br., pr. April-Mai 10⅞, ⅚ bz., Mai 11 bz., Septbr.-Oktbr. 11½ Br.

Spiritus behauptet, loko ohne Faß 16½ Rt. bz., pr. Frühjahr 16 5/12, ½ bz. u. Br., Mai-Juni 16 7/12 Gd., Juni-Juli 16⅚ Br. u. Gd.

Angemeldet: Nichts.

Leinsamen, Rigaer 11⅔, ¾, 12 Rt. tr. bz., 12 Rt. gef., kurze Lieferung 11⅔ Rt. bz.

Leinöl, loko inkl. Faß 13⅛ Rt. bz. (Ostſ.-Ztg.)

Preise der Cerealien.
(Festsetzungen der polizeilichen Kommission.)
Breslau, den 27. März 1867.

	feine	mittel	ord. Waare.	
Weizen, weißer	94—96	90	82—85 Sgr.	pr. Scheffel.
do. gelber	92—95	89	84—87	"
Roggen	69—70	68	— 67	"
Gerste	58—60	55	51—52	"
Hafer	35—36	34	— 33	"
Erbsen	63—65	59	54—57	"

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Kommission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rübsen.

Raps	201	191	174 Sgr.	p. 150 Pfd. Brutto.
Rübsen, Winterfrucht	182	172	162	"
do. Sommerfrucht	160	150	140	"
Dotter	156	146	136	"

Breslau, 27. März. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat rothe, wenig verändert, ordin. 12—13½, mittel 14½—15¼, fein 17—18, hochf. 18½—18⅔. Kleesaat weiße, wenig Geschäft, ordin. 18—20, mittel 21—23½, fein 25—26, hochf. 27½—28½.

Roggen (p. 2000 Pfd.) laufender Monat fest, später matter, pr. März 54½ Gd., März-April 53½ Gd., April-Mai 52½ bz., Mai-Juni 52½—¾—½ bz. u. Gd., Juni-Juli 52½ Gd., Juli-August 50½ bz., Septbr.-Oktbr. 47½ Br.

Weizen pr. März 74 Br.

Gerste pr. März 50½ Br.

Hafer pr. März 46 Br.

Raps pr. März 95 Br.

Rüböl schwach behauptet, loko 10 7/12 Br., pr. März und März-April 10 5/12 Br., April-Mai 10 5/12 bz., Mai-Juni 10½ Br., Septbr.-Oktbr. 11⅛ bz. u. Br.

Spiritus unverändert, gek. 10,000 Quart, loko **16 5/12 Gd.**, 16⅔ Br., pr. März und März-April 16 5/12 nominell, April-Mai 16⅓—5/12 bz., Mai-Juni 16⅔ bz., Juni-Juli 17 Br., Juli-August und August-Septbr. 17⅙ Gd.

Zink ohne Umsatz. Die Börsen-Kommission.
(Bresl. Hdls.-Bl.)

Magdeburg, 27. März. Weizen 79—80 Rt., Roggen 59—61 Rt., Gerste 47—54 Rt., Hafer 28—29 Rt.

Kartoffelspiritus. Lokowaare flau, Termine nicht gehandelt. Loko ohne Faß 17¾ Rt., pr. März, März-April und April-Mai 17½ Rt., Mai-Juni 17⅔ Rt., Juni-Juli 17⅚ Rt., Juli-August 18 Rt. pr. 8000 pCt. mit Uebernahme der Gebinde à 1⅓ Rt. pr. 100 Quart.

Rübenspiritus flau. Loko 16⅓ Rt., pr. April und Mai 16 5/12 Rt.
(Magdb. Ztg.)

Bromberg, 27. März. Wind: Süd. Witterung: Frühlingsmäßig. Morgens 4° Wärme. Mittags 10° Wärme.

Weizen 124—128pfd. holl. (81 Pfd. 6 Lth. bis 83 Pfd. 24 Lth. Zollgewicht) 69—74 Thlr., 129—131pfd. holl. (84 Pfd. 14 Lth. bis 85 Pfd. 13 Lth. Zollgewicht) 76—80 Thlr. Feinste Qualität 2 Thlr. über Notiz.

Roggen 122—125pfd. holl. (80 Pfd. 16 Lth. bis 81 Pfd. 25 Lth. Zollgewicht) 50—51 Thlr.

Große Gerste 41—43 Thlr., feinste Qualität 1—2 Thlr. über Notiz.

Futtererbsen p. Wspl. 45—50 Thlr. Kocherbsen bis 52 Thlr.

Hafer p. Schffl. 25—30 Sgr.

Spiritus ohne Handel. (Bromb. Ztg.)

Telegraphische Börsenberichte.

Hamburg, 27. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt. Weizen und Roggen recht matt. Weizen auf Termine niedriger, pr. März 5400 Pfd. netto 153 Bankothaler Br., 152 Gd., pr. Frühjahr 146 Br., 145 Gd. pr. Mai-Juni 144 Br., 143 Gd. Roggen pr. März 5000 Pfd. Brutto 94 Br., 92 Gd., pr. Frühjahr 89 Br., 88 Gd. Hafer stille. Oel pr. Mai 24⅝, pr. Oktober 25⅝, geschäftslos. Spiritus unverändert. Kaffee verkauft 2300 Sack Rio loko zu letzten Preisen. Zink 500 Ctr. W. E. H. zu 14¼. — Wetter: Warm.

Paris, 27. März, Nachmittags 3 Uhr 30 Minuten. Rüböl pr. März 92, 50, pr. Mai-August 94, 00, pr. Septbr.-Dezbr. 94, 00. Mehl pr. März 71, 25, pr. Mai-Juni 72, 50. Spiritus pr. März 62, 50.

Amsterdam, 27. März. Getreidemarkt (Schlußbericht). Roggen loko behauptet, im Uebrigen ziemlich unverändert. Raps pr. April 66½, pr. Oktober 69. Rüböl pr. Mai 36¾, pr. Oktober-Dezember 38¾.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1867.

Datum.	Stunde.	Barometer 195' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
27. März	Nachm. 2	27" 7''' 68	+10°4	O 0-1	halb heiter. Cu.
27. "	Abnds. 10	27" 6''' 58	+ 4°9	O 0-1	wolkig. St.
28. "	Morg. 6	27" 4''' 23	+ 3°2	OSO 1	trübe. Cu-st.

Berlin, 26. März, Frühlingswarm bei südlichen Winden und niedrigem Barometer.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 27. März 1867 Vormittags 8 Uhr 5 Fuß 1 Zoll.
" " 28. " " " " 5 " 8 "

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 27. März 1867.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	100¼ B
Staats-Anl. 1859	5	103¾ bz
do. 54, 55, 57	4½	100¼ bz
do. 56	4½	100¼ bz
do. 1859, 1864	4½	100¼ bz
do. 50, 52 conv.	4	91⅛ bz
do. 1853	4	91⅛ G
do. 1862	4	91⅛ bz
Präm.St.Anl. 1855	3½	120¼ B
Staats-Schuldsch.	3½	83¾ bz
Kur-u.Neum.Schldv	3½	81⅛ bz
Berl. Stadt-Obl.	5	104⅛ bz
do. do.	4½	99¾ bz
do. do.	3½	82⅜ bz
Berl.Börsenh.-Obl.	5	101½ G
Pfandbriefe: Kur- u. Neu-	3½	78¼ bz
Märkische	4	90⅛ bz
Ostpreußische	3½	78 G
do.	4	85⅜ bz 4½%92⅜ [bz
Pommersche	3½	78 bz
do. neue	4	89¾ bz
Posensche	4	— —
do.	3½	— —
do. neue	4	88½ G
Schlesische	3½	86¼ bz
do. Litt. A.	4	94¼ bz
Westpreußische	3½	77 G
do.	4	85⅛ bz
do. neue	4	84½ G
do. do.	4½	— —
Rentenbriefe: Kur-u.Neumärk.	4	91¾ bz
Pommersche	4	91⅜ bz
Posensche	4	90¼ B
Preußische	4	90½ B
Rhein.-Westf.	4	95 bz
Sächsische	4	92¼ B
Schlesische	4	92¼ bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	46½ B
do. National-Anl.	5	54¾ bz
do. 250 fl. Präm.Ob.	4	60 B
do. 100 fl. Kred.Loose	—	68¼ bz
do. 5prz. Loose (1860)	5	67¼ bz
do. Pr.-Sch. v. 1864	—	42 B
do. Slb.-Anl. 1864	5	60½ G
Italienische Anleihe	5	53⅝-½ bz
Russische: 5. Stieglitz Anl.	5	61 etw bz
6. do.	5	81¼ B
Englische Anl.	5	87½ bz u G
N.Russ.Egl.Anl	3	53⅛ bz
do. v. J. 1862	5	86⅝ bz
do. 1864	5	89 G
do. engl.	5	87¾ bz
doPr.-Anl.1864	5	91¾ bz
Polnische: Poln. Schatz-O.	4	63 B
do. kl.	4	— —
Cert. A. 300 Fl.	5	91 B
Pfdbr. n. i. SR.	4	57¼ bz
Part. O. 500 Fl.	4	91½ G
Amerik. Anleihe	6	78¼-⅜ bz
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	55¼ B
NeueBad.35fl.Loose	—	30¼ G
DessauerPräm.Anl.	3½	97½ B
Lübecker Präm. Anl.	3½	49¼ etw bz u B

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	157 G
Berl. Handels-Ges.	4	103 bz u G
Braunschwg. Bank-	4	93¾ etw bz
Bremer do.	4	116⅝ G
CoburgerKredit-do.	4	86 B
Danzig. Priv.-Bk.	4	111½ G
Darmstädter Kred.	4	81¾ bz
do. Zettel-Bank	4	95 G
Dessauer Kredit-B.	0	2¼ B
Dessauer Landesbk.	4	— —
Disk. Komm. Anth.	4	102½ bz
Genfer Kreditbank	4	27¼ bz u G
Geraer Bank	4	105 B
Gothaer Privat do.	4	98⅜ G
Hannoversche do.	4	82½ etw bz
Königsb. Privatbk.	4	111 G
Leipziger Kreditbk.	4	82⅝ G
Luxemburger Bank	4	86½ bz
Magdeb. Privatbk.	4	94 G
Meininger Kreditbk.	4	94 B
Moldau. Land. Bk.	4	20 etw bz u B
Norddeutsche do.	4	118 G
Oestr. Kredit- do.	5	72½-⅜ bz
Pomm. Ritter- do.	4	93 etw bz
Posener Prov. Bank	4	102 B
Preuß. Bank-Anth.	4½	153 B
Schles. Bankverein	4	114½ G
Thüring. Bank	4	65¼ G
Vereinsbnk. Hamb.	4	109½ G
Weimar. Bank.	4	89 bz
Prß. Hypoth.-Vers.	4	108⅜ etw bz
do. do. Certific.	4½	101½ G
do. do. (Henkel)	4½	— —
Henkelsche Cred. B.	4	— —

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	— —
do. II. Em.	4	84 G
do. III. Em.	4½	— —
Aachen-Mastricht	4½	68¼ bz
do. II. Em.	5	68 bz
Bergisch-Märkische	4½	97¾ bz
do. II. Ser. (conv.)	4½	— —
do. III. S. 3½ (R.S.)	3½	78¼ bz
do. Lit. B.	3½	78¼ bz
do. IV. Ser.	4½	94¼ B
do. V. Ser.	4½	94¼ bz VI [93 bz
do. Düsseld. Elberf.	4	84 G
do. II. Em.	4½	— —
III. S. (Dm.-Soest	4	84 bz
do. II. Ser.	4½	— —
Berlin-Anhalt	4	— —
do.	4½	— —
do. Litt. B.	4	95⅝ bz
Berlin-Hamburg	4	— —
do. II. Em.	4	— —
Berl. Potsd. Mg. A.	4	— —
do. Litt. B.	4	— —
do. Litt C.	4	87 bz
Berlin-Stettin	4½	— —
do. II. Em.	4	85¼ bz
Berl.-Stet. III. Em.	4	85¼ bz
do. IV. S. v. St. gar.	4½	96¾ bz
Bresl.-Schw.-Fr.	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	100 B
do. II. Em.	5	102½ B
do.	4	86½ B
do. III. Em.	4	85 bz
do.	4½	96 bz
do. IV. Em.	4	85 bz
do. V. Em.	4	85 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. III. Em.	4½	88 B IV 88 B
do. 1865	4½	— —
Magdeb. Halberst.	4½	— —
Magdeb. Wittenb.	3	67¾ B
Mosco-Rjäsan S. g.	5	84 G
Niederschles. Märk.	4	89 bz
do. II. c.	4	— —
do. conv.	4	89 bz
do. conv. III. Ser.	4	88 bz
do. IV. Ser.	4½	98 B
Niederschl. Zweigb.	5	100⅞ bz
Nordb., Fried. Wilh.	4	— —
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	— —
do. Litt. C.	4	— —
do. Litt. D.	4	87¾ B
do. Litt. E.	3½	— —
do. Litt. F.	4½	94¾ bz G — —
Oestr. Französ. St.	3	242 bz neue
Oestr. südl. Staatsb.	3	226½ bz [229 B
Pr. Wilh. I. Ser.	5	— —
do. II. Ser.	5	— —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	— —
do. v. Staat garant.	3½	93¼ G
do. Prior. Obl.	4½	93¼ G
do. 1862	4½	98 G
do. v. Staat garant	4½	95 bz
Rhein-Nahe v. St g.	4½	95 bz
do. II. Em.	4½	— —
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	92 B
do II. Em.	4½	— —
Starg.-Pos. II. Em.	4½	94 G
do. III. Em.	4½	93¼ bz
Thüringer	4	88¾ bz
do. II. Ser.	4½	98½ G
do. III. Ser.	4	88¾ bz
do. IV. Ser.	4½	98½ G

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Mastricht	3½	36¼ bz
Altona-Kieler	4	130¾ bz
Amsterd. Rotterd.	4	98 bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	147 bz
Berlin-Anhalt	4	218¾ bz
Berlin-Hamburg	4	156 G
Berl. Potsd. Magd.	4	207½ bz
Berlin-Stettin	4	139 bz
Berlin-Görlitz	4	67¼ bz
do. Stamm-Prior.	5	98 B
Böhm. Westbahn	5	60½ bz
Bresl. Schw. Freib.	4	137½ bz
Brieg-Neiße	4	99¾ B
Cöln-Minden	4	142¾ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	56¼ bz
do. Stamm-Pr.	4½	— —
do. do.	5	— —
Gal. C.-Ludwg.	5	85¾ bz
Ludwigshaf.-Berb.	4	148½ bz
Magdeb. Halberst.	4	194 G
Magdeb. Leipzig	4	250½ B B 89½ B
Magdeb. Wittenb.	4	— —
Mainz-Ludwigsh.	4	128¾ bz
Mecklenburger	4	78½ bz
Münster-Hammer	4	90½ bz
Niederschles. Märk.	4	90½ bz
Niederschl. Zweigb.	4	93¾ bz
Nordb., Frd. Wilh.	4	90-91-90½ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	188 bz
do. Lt. B.	5	159½ B
Oest. Franz. Staat.	5	109¾ bz
Oest. sdl. StB (Lom)	5	109½-¾ bz
Oppeln-Tarnowitz	5	74 bz
Rheinische	4	118½ bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	33 bz
Ruhrort-Crefeld	3½	— —
Russ. Eisenbahnen	5	77¼ B
Stargard-Posen	4½	94¼ G
Thüringer	4	133¾ bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113 5/12 bz
Gold-Kronen	—	9. 9 G
Louisd'or	—	111⅛ bz
Sovereigns	—	6. 23¼ G
Napoleonsd'or	—	5. 12½ G
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	464 G
Dollars	—	1 12½ bz
Silber pr. Z. Pfd. f.	—	— —
K. Sächs. Kass. A.	—	99 11/12 G
Fremde Noten	—	99¾ G
do. (einl. in Leipz.)	—	99 11/12 G
Oestr. Banknoten	—	78¾ bz
Poln. Bankbillets	—	— —
Russische do.	—	81⅛ bz

Industrie-Aktien.

Dess. Kont. Gas-A.	5	153½ etw bz
Berl. Eisenb. Fab.	5	117⅞ bz
Hörder Hüttenv. A.	5	111½ bz inkl.
Minerva, Brgw. A.	5	36½ B
Neustädt. Hüttenv.	4	— —
Concordia in Köln	4	385 G inkl.

Wechsel-Kurse vom 27. März.

Amstrd. 250 fl. 10 T.	3	143⅜ bz
do. 2 M.	3	142⅛ bz
Hamb. 300 Mk. 8 T.	3	151⅜ bz
do. do. 2 M.	3	151 bz
London 1 Lstr. 3 M.	3	6 23⅜ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	80 11/12 bz
Wien 150 fl. 8 T.	4	78⅝ bz
do. do. 2 M.	4	78⅛ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	4	56 26 bz
Frankf. 100 fl. 2 M.	3½	56 26 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	5	99⅚ G
do. do. 2 M.	5	99 5/12 G
Petersb. 100 R. 3 W.	7	89¾ G
do. do. 3 M.	7	88⅞ G
Brem. 100 Tlr. 8 T.	3½	110⅛ bz
Warschau 90 R. 8 T.	6	80¾ bz

Die Börse war heut zwar fest gestimmt, das Geschäft aber unbelebt, die Spekulation matt und zurückhaltend; östreichischen Papiere schwach behauptet, Eisenbahnen mehr flau, Amerikaner belebter. Das Hauptgeschäft fand in Nordbahn statt, welche auf das Gerücht, daß die Ueberlassung der Bahn an die Bergisch-Märkische Gesellschaft dem Abschluß nahe sei, sehr stiegen. Russen fest; preußische Fonds fest; 5prz. Anleihe ⅛ billiger; Staatsschuldscheine ¼ besser. — Rumänen 65 etwas bezahlt und Geld.

Nordbahn Friedr. Wilh. 90 a 91 a 90½ gem. Oestr. südl. Staatsbahn Lomb. 109½ a ¾ gem. Oestr. Franz. Staatsbahn (Prior.) neue 229 Br. Amerikaner 78¼ a ¾ gem.

Breslau, 27. März. Ungeachtet matterer auswärtiger Kurse war die Stimmung an der hiesigen Börse nicht ungünstig und zeigte sich für eine große Anzahl von Spekulationspapieren Begehr, welcher zu festen Kursen befriedigt wurde. Gut behauptet waren namentlich Amerikaner, welche meist zu 78⅛ umgesetzt wurden, während Italiener ca. ⅛ Proz. aufgaben und meist nur 53½ holten. Von Eisenbahnaktien waren Oderberger und Oberschlesische gefragt um ⅜ resp. ¼ Proz. theurer, während Kurhessische Nordbahn dem von Berlin gegebenen Impulse folgend, um mehrere Prozente höher bezahlt worden sind. Oestreichische Papiere in geringem Verkehr und meist eine Kleinigkeit billiger als gestern; östr. Währung behauptet.

Schlußkurse. Oestr. Kredit-Bankaktien 72½-72 bz. Oestr. Loose 1860 67¼ B. do. 1864 42 B. Reichenbach-Pardub. Pr. —. Bayrische Anleihe 99¼ B. Amerikaner 78¼-⅛ bz. Schles. Bankverein 114¾ B. Breslau-Schweidnitz-Freiburger 137½ G. do. Prior.-Oblig. 88½ B. do. do. Lit. D. 95½ B. do. do. Lit E 95½ B. Köln-Mindener Prior. 4. Em. —. Neisse-Brieger —. Oberschl. Lit. A. & C. 188¼ B. do. Lit. B. 160¼ G. do. Prior.-Obligation 88¼ B. do. do. 95½ B. do. do. Lit. E. 79¾ G. do. Lit. G. 95 5/12 B. Oppeln-Tarnowitz 74 B. Kosel-Oderberg 56-56¼ bz. Diskonto Komm.-Anl. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Wien, 27. März. [Abendbörse.] Durch Arbitragekäufe steigend. Kreditaktien 184, 10, Nordbahn 161, 50, 1860er Loose 86, 50, 1864er Loose 79, 60, Staatsbahn 209, 90, Galizier 220, 75, Steuerfreies Anlehen 61, 90, Rudolfsbahn 131, 50.

Amsterdam, 27. März, Nachmittags 4 Uhr 15 Minuten. Flau.

5% Metalliques Lit. B. 64⅜. 5% Metalliques 45. 2½% Metalliques 22½. Oestr. National-Anleihe 51. Oestr. 1860er Loose 400. Oestr. 1864er Loose 73. Silberanleihe 56¼. 5% östr. steuerfr. Anl. 44⅜. Russisch-engl. Anl. von 1862 84⅞. Russisch-engl. Anl. von 1866 84¾. 5% Russen V. Stieglitz 56⅜. 5% Russen VI. Stieglitz 75½. 5% Russen de 1864 87½. Russ. Prämien-Anl. von 1864 174. Russ. Prämien-Anl. von 1866 164½. Russische Eisenbahn 182. 6% Verein. St. pro 1882 77⅜.

Rotterdam, 27. März, Nachmittags 1 Uhr 30 Minuten. Fest.

Holl. wirkl. 2½% Schuld-Obl. 55¼. Oestr. National-Anleihe 51⅛. Oestr. 5% Metalliques 45⅛. Oestr. Silberanleihe 1864 56. Russ. 6. Stieglitz-Anleihe —. Russ. Eisenbahn 182, 00. Russ. Prämien-Anl. 174, 00. 1882er Verein. Staaten-Anl. 77¼. Inländ. 3% Spanier 31⅝. London 3 Monat 11, 77½. Paris 3 Monat 46, 75.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. M. M. Jochmus in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.